



## Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 15. Juni 2004

Nr. 4767

Sicherheit

**Mehr Sicherheit in unserer Stadt!****Inhaltsverzeichnis**

0	Zusammenfassung .....	2
1	Ausgangslage .....	3
1.1	Der Begriff Sicherheit .....	4
1.2	Objektive Sicherheit .....	5
1.3	Subjektive Sicherheit .....	5
1.4	Sicherheit als Querschnittsfunktion .....	7
2	Beurteilung der Sicherheitslage .....	8
2.1	Polizeiliche Kriminalstatistik .....	8
2.2	Entwicklung der polizeilich registrierten Kriminalität in der Stadt St.Gallen .....	10
2.3	Vergleich mit dem übrigen Kanton .....	13
2.4	Vergleich mit anderen Städten .....	13
2.5	Entwicklung in der Schweiz .....	15
2.6	Analyse einzelner Delikte und Tätergruppen .....	16
2.7	Jugendproblematik .....	22
2.8	Ausländerkriminalität .....	23
2.9	Fazit .....	24
3	Unfallgeschehen .....	25
4	Schwerpunkte der Sicherheitspolitik .....	26
4.1	Interdisziplinärer Ansatz .....	28
4.2	Ausbau der Gassenarbeit (aufsuchende Jugendarbeit) .....	28
4.3	Drogenpolitik und Suchtarbeit .....	29
4.4	Häusliche Gewalt .....	30
4.5	Präventionskampagne „Hallo Nachbar“ .....	30
4.6	Jugendpräventionskonzept und Jugendarbeit .....	31
5	Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum .....	32
5.1	Koordination innerhalb der Verwaltung .....	32
5.2	Trägerprojekt im Rahmen der Lokalen Agenda 21 .....	33
6	Weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit .....	34
6.1	Totalrevision Polizeireglement .....	34
6.2	Organisatorische Änderungen der Stadtpolizei .....	34
6.3	Videoüberwachung in Unterführungen .....	34



6.4	Integration von Asyl Suchenden .....	35
6.5	Anpassung Drogenkonzept.....	35
6.6	Planerische und bauliche Massnahmen zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens .....	36
6.7	Monitoring/Controlling .....	36
7	Personalsituation Polizei .....	36
7.1	Stadtorganisation der Kantonspolizei .....	37
7.2	Stadtpolizei .....	38
8	Anträge .....	39

## **0 Zusammenfassung**

Sicherheit ist ein wesentlicher Faktor der Lebens- und Standortqualität. Einen Indikator für Sicherheit bildet die Kriminalstatistik der Kantonspolizei. Die darin ausgewiesene Kriminalitätsbelastung ist allerdings kein absolut getreues Abbild der tatsächlichen Kriminalität, denn sie wird unter anderem vom Anzeigeverhalten der Geschädigten und der Schwerpunktsetzung in der Polizeiarbeit beeinflusst. Letzteres gilt insbesondere bei der Feststellung von Zuwiderhandlungen gegen die Betäubungsmittelgesetzgebung. Trotz dieser Einschränkung besteht kein Zweifel daran, dass die Kriminalität in den vergangenen Jahren vor allem in der Stadt, aber auch im Kanton St.Gallen deutlich angestiegen ist. Die Stadt ist dabei stärker von Delikten betroffen als der übrige Kanton: Jeder dritte Tatbestand nach Strafgesetzbuch im Kanton St.Gallen wird in der Stadt St.Gallen registriert, obwohl die Stadtbevölkerung nur knapp 16 Prozent der gesamten Bevölkerung des Kantons ausmacht. Die Fallzahlen sind während den vergangenen drei Jahren besonders bei den Massendelikten Diebstahl und Sachbeschädigungen stark angestiegen. Diese beiden Deliktskategorien machen ca. 85 Prozent der registrierten Tatbestände gemäss Strafgesetzbuch aus. Der Rückgang der Betäubungsmitteldelikte ist einerseits eine Folge der Schwerpunktsetzung in der Polizeiarbeit vor dem Hintergrund knapper Personalressourcen und andererseits auf die Sanktionierung geringfügiger Tatbestände im vereinfachten Ordnungsbussenverfahren zurückzuführen, welche statistisch nicht erfasst werden. Als Erfolg der seit 1992 konsequenten Umsetzung der Drogenpolitik mit den vier Säulen Prävention, Überlebenshilfe, Therapie und Repression darf der Rückgang der Drogentoten gewertet werden.

Verschiedene Umfragen zeigen Handlungsbedarf im Bereich der Sauberkeit auf. Bei einzelnen Strassen, Plätzen und Anlagen in der Innenstadt sind Vandalismus und Verschmutzung festzustellen. Dies beeinträchtigt das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.

Neben der Kriminalitätsbelastung stellt das Unfallgeschehen im Strassenverkehr einen wesentlichen Sicherheitsaspekt dar: Die durch Verkehrsunfälle verursachten Körper- und Sachschäden sind höher als jene durch Straftaten.



Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz nach wie vor zu den sichersten Ländern der Erde. Obwohl die Zahl der Delikte auch in der Stadt St.Gallen während der vergangenen Jahre zugenommen hat, ist die Kriminalitätsbelastung verglichen mit den anderen Schweizer Städten eher tief.

Die Arbeitsbelastung der Stadtpolizei hat nicht nur durch den Anstieg der Fallzahlen, sondern auch durch die steigende Anzahl von Grossanlässen auf öffentlichem Grund zugenommen. Gleichzeitig sind neue Aufgaben zu bewältigen, insbesondere im Bereich der häuslichen Gewalt (Intervention mit Wegweisung) oder auch bei der Jugendarbeit. Die in den letzten Jahren stark verdichtete Regelung im innerstädtischen Strassenverkehr (Tempo-30-Zonen, Begegnungszonen) verlangt nach mehr Kontrollen.

Sicherheit kann nicht ausschliesslich an die Polizei delegiert werden, sondern muss interdisziplinär und in engem Kontakt mit der Bevölkerung aufrecht erhalten werden. Deshalb legt die Stadtpolizei seit Jahren ein Schwergewicht auf die Prävention: Es wurde eine Fachstelle für Prävention geschaffen, die gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Stadtpolizei, vor allem mit den Kontaktbeamten und vernetzt mit Dienststellen anderer Verwaltungsabteilungen die Präventionsarbeit in den Quartieren koordiniert und leitet.

Der bereits 1996 im Rahmen der Postulatsbeantwortung „Aufgabenerfüllung Stadtpolizei“ ausgewiesene, minimal notwendige Ausbau des Personalbestands der Sicherheits- und Verkehrspolizei von 94 auf 110 Personaleinheiten konnte in den letzten acht Jahren erst zur Hälfte realisiert werden. Aufgrund der eindeutigen Mehrbelastung in dieser Zeit hat sich die personelle Situation weiter verschärft. Es wird jetzt eine Personalaufstockung um 8 Personen vorgesehen.

## **1 Ausgangslage**

Am 25. Februar 2003 hat der Grosse Gemeinderat ein Postulat betreffend „Mehr Sicherheit in unserer Stadt!“ erheblich erklärt. Der Postulatsauftrag lautet:

„Der Stadtrat wird beauftragt, die Situation betreffend Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt St.Gallen zu beurteilen und dem Grossen Gemeinderat Bericht zu erstatten, mit welchen Mitteln und Massnahmen Verbesserungen erzielt werden können. Dabei sind die finanziellen Folgen aufzuzeigen.“

Die Gewährleistung von Sicherheit bildet eine fundamentale Voraussetzung für die Ermöglichung einer toleranten und freien Gesellschaft. Die Postulatsantwort will die Sicherheitsproblematik in der Stadt St.Gallen umfassend darstellen. Die Auslegeordnung konzentriert



sich auf polizeiliche Sicherheit, obschon bekannt ist, dass für die Bevölkerung weitere Aspekte der Sicherheit von grosser Bedeutung sind. Einen wesentlichen Sicherheitsaspekt für die Einwohnerschaft und die Gäste unserer Stadt bildet der Verkehr. Die Legislaturziele des Stadtrats thematisieren im Kontext von Sicherheit denn auch ausdrücklich die Gefahren des Strassenverkehrs.

Zwischen Sicherheit, Sicherheitsgefühl und Sauberkeit besteht ein enger Zusammenhang. Verschiedene Untersuchungen und Befragungen haben ergeben, dass Schmutz, Unordnung und Zerfall als Signale dafür erlebt werden, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Entsprechend steigt unter solchen Umständen die Kriminalitätsfurcht.

Die Regierung des Kantons St.Gallen hat am 16. Dezember 2003 einen umfassenden Bericht zur Inneren Sicherheit des Kantons vorgelegt (vgl. Amtsblatt Nr. 4 / 19.01.2004). Die Befunde der Regierung zur inneren Sicherheit im Kanton decken sich weitestgehend mit den Erkenntnissen der städtischen Behörden. Die vorliegende Postulatsantwort will die kantonale Untersuchung hinsichtlich der Problemfelder in der kommunalen Sicherheitspolitik ergänzen.

## **1.1 Der Begriff Sicherheit**

Der Titel „Mehr Sicherheit in unserer Stadt“ weckt unter Umständen negative Assoziationen: Bilder von dunklen, verschmutzten und leeren Strassen, von Kontrollen durch schwerbewaffnete Polizeikräfte und von Raubüberfällen auf offener Strasse tauchen auf. Der Begriff „Sicherheit“ kann aber in einem weit umfassenderen Sinn verstanden werden. Beispielsweise umfasst Sicherheit auch soziale Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, Verkehrssicherheit, Sicherheitsempfinden, Rechtssicherheit, Wohlbefinden in der eigenen Wohn- und Lebensumgebung oder als Bewältigung von Konflikten im Zusammenleben verschiedener Bevölkerungs- und Interessengruppen. Der Begriff „Sicherheit“ an sich ist unscharf und weist namentlich einen objektiven und einen subjektiven Gehalt auf. Bei der Beantwortung dieses Postulats muss sowohl der objektiven, messbaren Sicherheit als auch dem subjektiv empfundenen Sicherheitsgefühl Beachtung geschenkt werden. Die subjektive Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens wiegt für den Einzelnen nicht weniger schwer als eine tatsächlich feststellbare Bedrohung. Objektiv messbare Kriminalitätsbelastung und subjektives Sicherheitsempfinden beeinflussen sich wechselseitig.

In der Bevölkerung bestehen über den Umfang der Kriminalität ungenaue, oft hoch gespielte Vorstellungen. Häufigkeit und Schwere des kriminellen Verhaltens werden oftmals falsch eingeschätzt. Eine der Ursachen der verzerrten Wahrnehmung ist vermutlich die Fokussierung der weltweiten Medienberichterstattung auf vorwiegend schwere Verbrechen.



## 1.2 Objektive Sicherheit

Objektive Sicherheit kann als statistisch oder auch anders belegbare Tatsache der Abwesenheit von Gefahr oder Verbrechen definiert werden. Die kantonale Kriminalstatistik für das Jahr 2002 bildete den Auslöser für dieses Postulat: Deren Zahlen zufolge ist in der Stadt St.Gallen in den vergangenen Jahren die Kriminalitätsbelastung angestiegen. Wie die polizeilich registrierten Fallzahlen zu interpretieren sind und inwiefern Rückschlüsse auf Entwicklungen bzw. Veränderungen gemacht werden können, ist ein wesentlicher Aspekt dieser Postulatsantwort.

Einen weiteren Bereich der objektiv messbaren Sicherheit bildet die Verkehrssicherheit. Deren Werte eignen sich zur Interpretation bzw. auch zur teilweisen Relativierung der Kriminalstatistik. Die Bedrohungssituation durch den Strassenverkehr muss ebenso beurteilt werden, wird aber von der Bevölkerung oft anders interpretiert.

## 1.3 Subjektive Sicherheit

Das Gefühl, sich in einem sicheren und von Gefahren freien städtischen Raum bewegen zu können, bildet neben vielen anderen Faktoren (Arbeitsplätze, Qualität der Schulen, Freizeitmöglichkeiten etc.) ein zentrales Element städtischer Lebens- und Standortqualität. So zeigen verschiedene Untersuchungen, dass neben der objektiven Kriminalitätserfahrung vor allem auch die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität für die Lebensqualität von Bewohnerinnen und Bewohnern von grosser Bedeutung ist. Dies wird auch in einer Umfrage der Stadt St.Gallen nach den Gründen des Wohnortswechsel aus dem Jahr 1999 deutlich, an der sich 602 wegziehende und 488 zuziehende Personen beteiligten: „Mehr Sicherheit“ - im Sinne von weniger Kriminalität – war für 8 Prozent aller Befragten der Hauptgrund für den Wohnortswechsel (10 % bei Wegziehenden gegenüber 6 % bei Zuziehenden), für weitere 18 Prozent aller Umziehenden immerhin noch wichtig. Damit hat bei jedem vierten Wohnortswechsel die Sicherheit eine Rolle gespielt. Dennoch rangiert bei dieser Umfrage die Wichtigkeit des Sicherheitsaspekts bei Wohnortswechseln im hinteren Drittel der insgesamt zwölf vorgegebenen Antworten. Die Verhältnisse dürften sich heute, fünf Jahre später, nicht verbessert, aber auch nicht wesentlich verschlechtert haben.

Das Sicherheitsempfinden wird nicht nur von statistischen Ergebnissen geprägt, sondern auch von der Medienberichterstattung. Untersuchungen bzw. Befragungen zeigen, dass das Ausmass der Kriminalitätsfurcht stark von Merkmalen der äusseren Situation wie Dunkelheit, geringe soziale Kontrolle oder Fremdheit abhängig ist. Aber auch Merkmale der Person wie Geschlecht, Alter oder sozialer Status haben einen Einfluss auf das subjektiv empfundene



ne Sicherheitsgefühl. So haben beispielsweise Frauen in der Regel eine höhere Kriminalitätsfurcht als Männer.

Die Wahrnehmung der Polizei in der Öffentlichkeit bildet einen weiteren Faktor. Die sichtbare Präsenz und Erreichbarkeit der Polizei rund um die Uhr sowie das Vertrauen in die Fähigkeit der Polizei, Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, wirken sich positiv auf das Sicherheitsempfinden aus.

Eine weitere Dimension ist die Wahrnehmung von Schmutz, Unordnung, Abfall, Sprayereien, Zerfall etc. im öffentlichen Raum. Untersuchungen zeigen, dass Anzeichen der Verwahrlosung und des sozialen Zerfalls als Signale dafür erlebt werden, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Durch Belästigungen und Beleidigungen, Rücksichtslosigkeit und Behinderung, überproportionale Nutzung des öffentlichen Raums durch Randgruppen wie Obdachlose, Betrunkene, Jugendgruppen oder Drogenszenen, Verfall, Vernachlässigung und Verschmutzung der Umgebung steigt die Kriminalitätsfurcht an.

Schliesslich ist auf die Bedeutung von Opfererfahrungen als Determinante der Kriminalitätsfurcht hinzuweisen. Bekannt ist, dass Kriminalitätsfurcht vor allem Furcht vor Delikten bedeutet, welche die Person oder den persönlichen Nahraum betreffen: Gewalt- und Sexualdelikte, Raub, Einbruch.

Aufgrund dieser Erkenntnisse erstaunt es nicht weiter, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt St.Gallen durch die statistisch belegte Zunahme von Tatbeständen in den vergangenen Jahren zunehmend unsicher fühlen. Diese allgemeine Verunsicherung wird durch teilweise aggressiv auftretende jugendliche Gruppierungen oder Asyl Suchende aus Westafrika, die dem Drogenhandel zugerechnet werden müssen, verstärkt. Solche Randgruppen halten sich oft konzentriert auf öffentlichen Plätzen der Städte wie z.B. in St.Gallen auf dem Bahnhofplatz oder in der Innenstadt auf. Die zahlreichen Sachbeschädigungen wie besprayte Fassaden, zerkratzte und aufgebrochene Autos, verklebte Türen etc. vermitteln ein Gefühl sozialer Instabilität und Verwahrlosung.

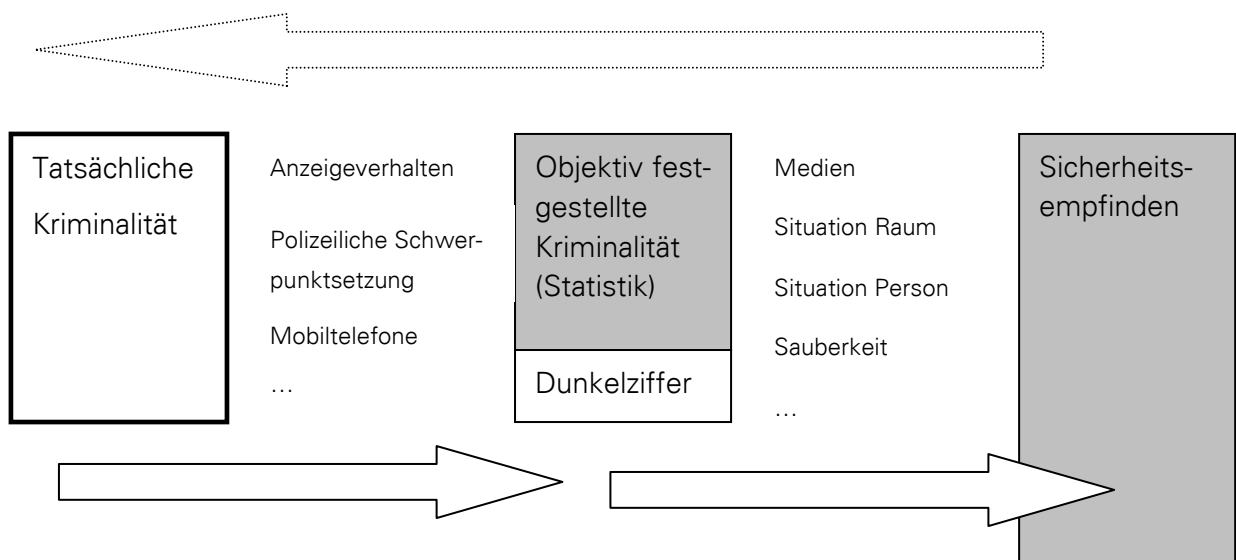
Erhebungen über das subjektive Sicherheitsempfinden der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt St.Gallen fehlen weitgehend oder sind nicht mehr aktuell. Anhaltspunkte, wie sich die Kriminalitätsfurcht in den vergangenen Jahren entwickelt hat, vermag aber eine Befragung im Rahmen einer UNIVOX-Studie zu vermitteln. Dabei wurde das Sicherheitsgefühl der Schweizer Bevölkerung durch Befragungen in den Jahren 1997, 1999, 2001 und 2003 erhoben. Es wurde danach gefragt, wie (un)sicher man sich fühlt, wenn man abends allein und zu Fuss auf der Strasse in der eigenen Wohngegend unterwegs ist. Fühlten sich 1999 noch 12 Prozent der männlichen Befragten sehr oder etwas unsicher, so waren es bei der letztjährigen Befragung nur noch gut 3 Prozent. Bei den befragten Frauen sank der entsprechen-



de Anteil von 31 auf 19 Prozent. Erklärungsansätze für das deutlich verbesserte Sicherheitsgefühl der Schweizer Bevölkerung sind schwierig: Denkbar wäre etwa, dass sich im Zuge der weltweiten terroristischen Aktivitäten seit dem 11. September 2001 die Angst vor der „gewöhnlichen“ Kriminalität stärker relativiert. Eine weitere Erklärung liefern Hinweise, dass die Zunahme der Gewaltdelikte vor allem unter Jugendlichen stattgefunden hat, die – sei es als Opfer oder als Täter – hievon viel stärker als andere Altersgruppen betroffen sind.

Die Erfahrung zeigt, dass in der Stadt St.Gallen vor allem an bestimmten Örtlichkeiten wie Bahnhofplatz, Stadt- und Kantonsschulpark, Bohl und in Unterführungen das subjektive Sicherheitsempfinden negativ geprägt ist. Zur Verbesserung gibt es verschiedene Möglichkeiten wie z.B. bauliche Massnahmen, vermehrte Aufklärung der Bevölkerung über die tatsächliche Gefahrensituation und vor allem zusätzliche Polizeipräsenz. Die Sicherheitspolitik der Stadt soll bei allen wichtigen, die Kriminalitätsfurcht bestimmenden Elementen Einfluss nehmen.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Zusammenhänge:



#### 1.4 Sicherheit als Querschnittsfunktion

Es ist offensichtlich, dass die Aufrechterhaltung der Sicherheit nicht ausschliesslich eine polizeiliche Aufgabe sein kann. Sicherheitsrelevant sind insbesondere auch die Aufgaben der Schulverwaltung (Prävention, Integration), Bauverwaltung (Stadtplanung, Strassenverkehr, Fussgängerbeziehungen), Verwaltung der Sozialen Dienste (Sozialhilfe, vormundschaftliche Massnahmen und Betreuungsleistungen im Bereich Arbeitsvermittlung sowie Drogensubstitution) und der Verwaltung der Technischen Betriebe (Entsorgung).



Für das Sicherheitsgefühl sind nicht nur Kriminalität oder Unfallzahlen von Bedeutung, sondern vor allem die Wahrnehmung von Sprayereien, Schmutz oder Unorten, aber beispielsweise auch von Immissionsbelastungen wie etwa Lärm.

Es wird schliesslich auch deutlich, dass Sicherheit gerade vor dem Hintergrund abnehmender Sozialkontrolle nur in intensiver Zusammenarbeit mit der Einwohnerschaft erhalten werden kann.

## **2 Beurteilung der Sicherheitslage**

Die Zunahme der polizeilich registrierten Kriminalität gibt Anlass zur Sorge, rechtfertigt aber weder Hysterie noch Panikmache. Im internationalen Vergleich gelten Schweizer Städte nach wie vor als ausgesprochen sicher: So nehmen die Städte Bern, Genf und Zürich in einer Studie der Mercer Human Resource Consulting im „Safety Ranking“ vom Jahre 2003 den zweiten Platz ein hinter Luxemburg. Untersucht wurde im Rahmen der Studie die Sicherheit in 215 grossen Städten. Unten (Ziff. 2.4) wird anhand von Kennzahlen aufgezeigt, dass die Stadt St.Gallen im Vergleich zu anderen Schweizer Städten hinsichtlich Sicherheit zu den besten gehört.

### **2.1 Polizeiliche Kriminalstatistik**

Die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt, wie sich die Kriminalitätsbelastung darstellt. Die Kriminalstatistik deckt allerdings nur einzelne Aspekte der Informationsbedürfnisse ab; insbesondere Auswertungen nach Begehungsorten sind kaum möglich. Erfahrungsgemäss kann bei der Beurteilung der Sicherheitslage aber nicht abschliessend auf polizeiliche Statistiken abgestellt werden, da sie alleine kein getreues Bild von der Wirklichkeit darzustellen vermögen. Vielmehr sind sie von verschiedenen Faktoren abhängig wie zum Beispiel dem Anzeigeverhalten. Anzeige wird in erster Line aufgrund ökonomischer Interessen, insbesondere für die Realisierung der Versicherungsleistung, erstattet. Demgegenüber werden besonders emotional oder intim geprägte Vorfälle aufgrund von Hemmungen oder anderer persönlicher Gründe weit weniger angezeigt. So zeigten Ergebnisse des Projektes „Halt-Gewalt“ im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität“, dass rund jede fünfte Frau im Verlauf ihres Lebens körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt hat. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Gewaltdelikts im sozialen Nahraum zu werden, ist für eine Frau ungleich grösser als zum Beispiel Opfer einer Vergewaltigung im öffentlichen Raum zu werden. Da Strafrechtsnormen wie einfache Körperverletzung, Tätlichkeit, Drohung oder sexuelle Nötigung Antragsdelikte sind und es den Opfern von Gewalt im





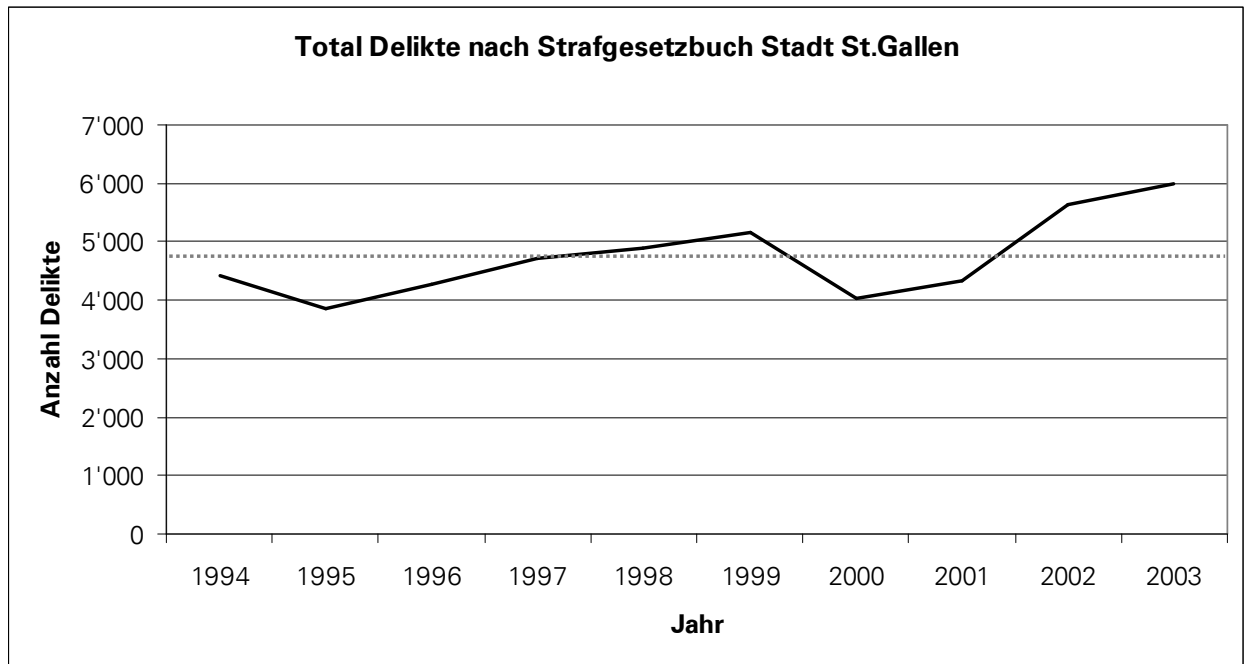
sozialen Nahraum ausgesprochen schwer fällt, einen Strafantrag zu stellen, vermag die polizeiliche Statistik nur einen Teil des tatsächlichen Kriminalitätsgeschehens aufzuzeigen.

Neben den ökonomischen Aspekten wird das Anzeigeverhalten auch durch die Medienberichterstattung beeinflusst. Die Bevölkerung reagiert heute sensibler auf Kriminalität, dies führt in der Tendenz zu einer Zunahme der polizeilich registrierten Deliktszahlen. Auch die starke Verbreitung der Mobiltelefone beeinflusst das Anzeigeverhalten positiv. Andererseits muss bei etlichen Deliktskategorien von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Verzerrungen ergeben sich bei einzelnen Delikten ausserdem aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung der polizeilichen Aktivität. Je nach Strafverfolgungspolitik, verfügbarem Personal oder rechtlicher Bewertung der beobachteten Sachverhalte (z.B. Qualifizierung als Entreissdiebstahl oder Raub) kann die Statistik verfälscht werden. So ist die Zahl der festgestellten Widerhandlungen gegen die Betäubungsmittelgesetzgebung unmittelbar von der Schwerpunktsetzung der Polizeiarbeit abhängig.

Trotz all dieser Feststellungen bestehen keine Zweifel, dass tatsächlich eine Zunahme der Delikte stattgefunden hat. Die Grafik auf der folgenden Seite zeigt das Gesamttotal der Fallzahlen der polizeilich registrierten Kriminalität in der Stadt St.Gallen während den vergangenen zehn Jahren. Die gestrichelte Linie zeigt die durchschnittliche Deliktszahl des Beobachtungszeitraumes von 4'729, was 32,8 Prozent des Zehnjahresdurchschnitts von 14'416 Fallzahlen im Kanton ausmacht.





## 2.2 Entwicklung der polizeilich registrierten Kriminalität in der Stadt St.Gallen

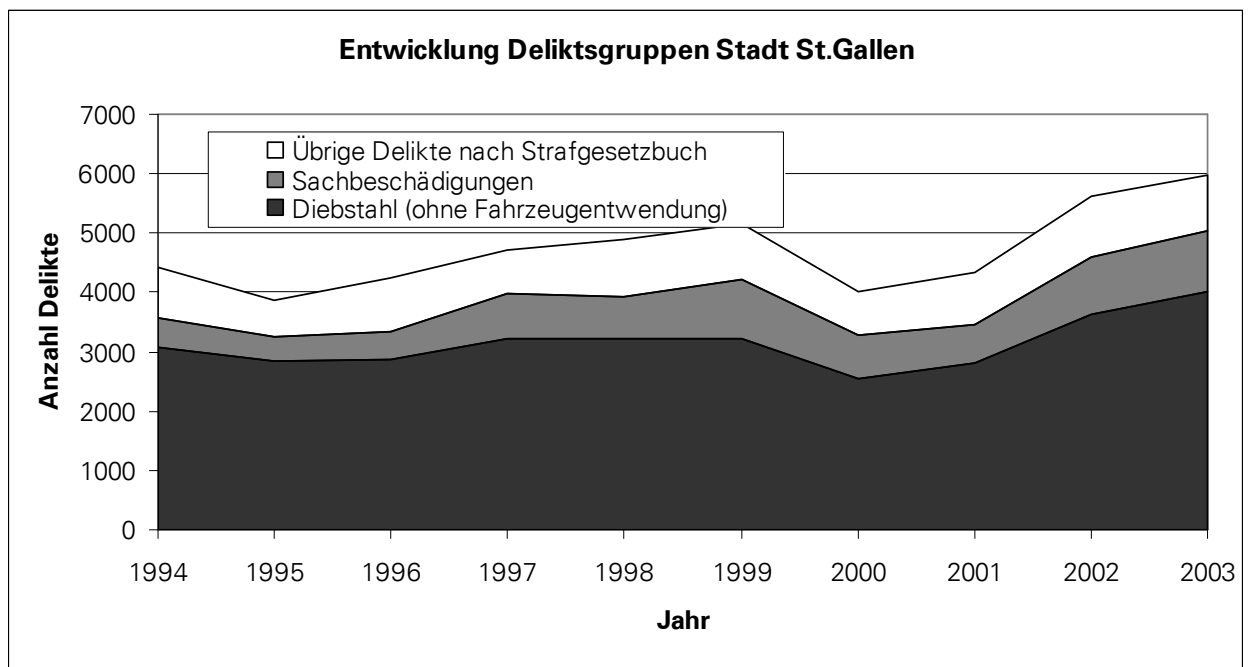
Ausgangspunkt des parlamentarischen Vorstosses bildet der nach kantonalen Kriminalstatistik deutlich ausgewiesene Anstieg der Kriminalitätsbelastung in der Stadt St.Gallen im Jahre 2002. Es ist deshalb notwendig, diese Zahlen genauer zu untersuchen. Sinnvolle Aussagen lassen sich nur machen mit Blick auf eine mehrjährige Entwicklung. Dadurch werden Trends erkennbar und wird Handlungsbedarf aufgezeigt. Die Anhänge 1 und 2 zeigen die Kriminalstatistik für die Zehnjahresperiode 1994 bis 2003 für die Stadt und den Kanton St.Gallen.

Die polizeilich registrierte Kriminalität in unserer Stadt hat im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge zugenommen und erreicht mit 5'980 Delikten (36 % der 16'607 Delikte im Kanton) den bisherigen Höchstwert. Mit einem Zuwachs von 30 Prozent war die Zunahme von 2001 auf 2002 besonders ausgeprägt. Bei der Interpretation dieser Kriminalitätszahlen ist zu beachten, dass sich die beiden vorhergehenden Jahre 2000 und 2001 hinsichtlich Kriminalitätsbelastung positiv zeigten. Die Zahl der Delikte liegt in diesen beiden Jahren deutlich unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 4'729 registrierten Straftaten. Das Jahr 2002 hingegen lag 19 Prozent, das vergangene Jahr 26 Prozent über diesem Wert. Einen sehr ähnlichen Verlauf zeigt die Kriminalstatistik für den gesamten Kanton: In den vergangenen drei Jahren hat die Kriminalitätsbelastung kontinuierlich zugenommen und im vergangenen Jahr mit 16'607 Delikten einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Das Jahr 2000 war im Beobachtungszeitraum mit total 12'310 Delikten am positivsten. Zwischen diesen beiden Jahren liegt eine Zunahme von 35 Prozent. Die in der Stadt St.Gallen registrierte Kriminalität macht zwischen 27,5 Prozent (1995) und 36 Prozent (2002 sowie 2003) der Kriminalität im



gesamten Kanton aus. Ein Trend, wonach sich die Kriminalität zunehmend nur in der Stadt konzentrieren würde, lässt sich allerdings nicht feststellen. Eindeutig ist, dass die Stadt mit einem Bevölkerungsanteil von knapp 16 Prozent überproportional belastet ist.

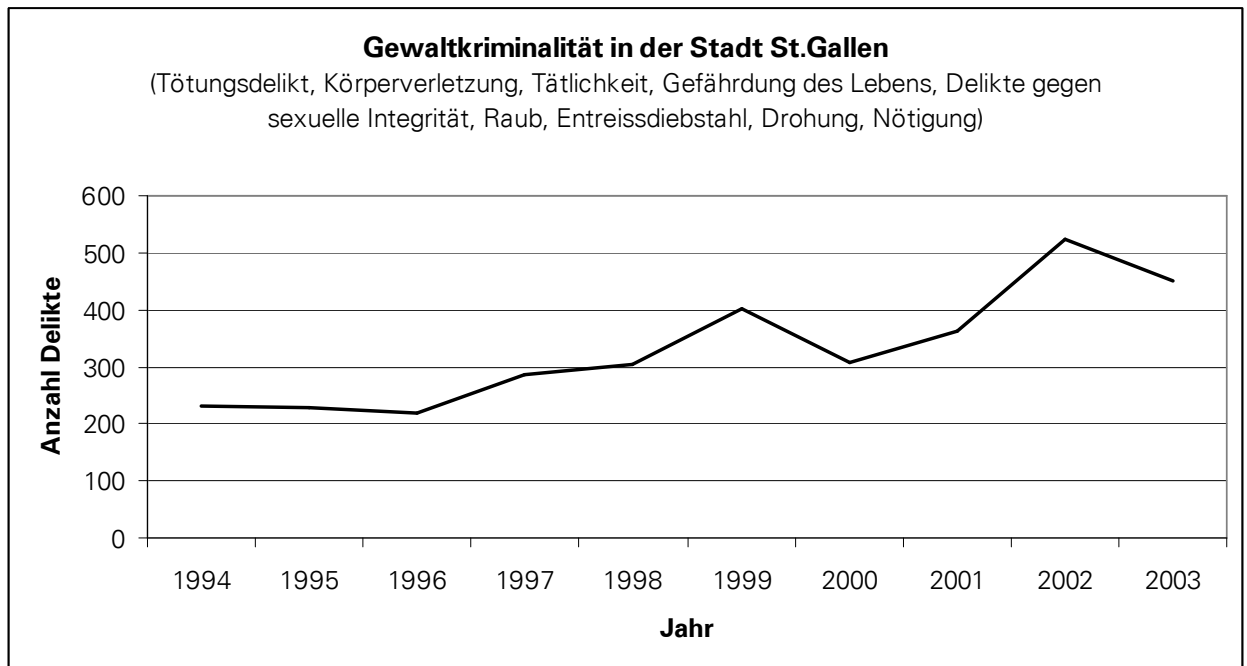
Die oben erwähnten Gesamttotale der Kriminalstatistik vermitteln ein undifferenziertes Bild hinsichtlich der Schwere der einzelnen Delikte: Es wird nichts über die Verteilung zwischen Klein- und Gewaltkriminalität ausgesagt. Etwa zwei Drittel der in der Stadt registrierten Delikte sind Diebstähle. Weitere 15 Prozent der Straftaten sind Sachbeschädigungen. Diese beiden Deliktskategorien machen rund 85 Prozent der Kriminalitätsbelastung aus. Die nachstehende Grafik zeigt die Zahl aller Delikte, das Total der Sachbeschädigungen sowie die Zahlen des Diebstahls.



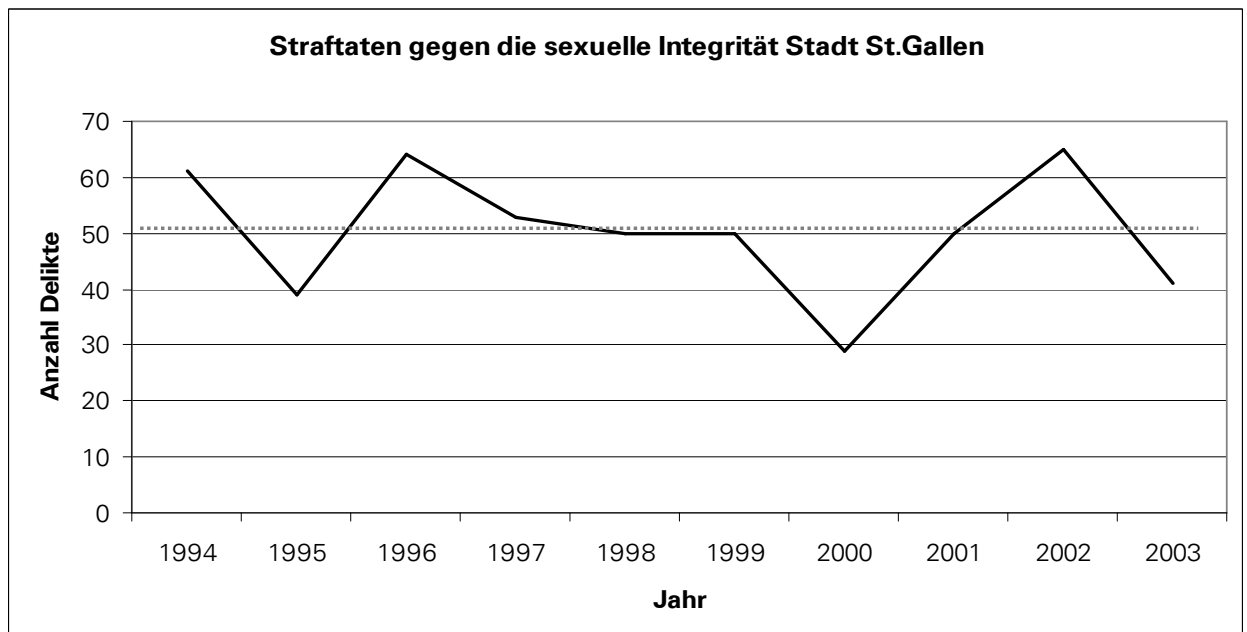
Die „übrigen Delikte“ können unterteilt werden in Handlungen gegen Leib und Leben (Gewaltkriminalität) einerseits sowie in diverse weitere Delikte wie etwa Betrug, Urkundenfälschung, Hehlerei etc. andererseits. Während den vergangenen zehn Jahren haben die strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben sowohl im Kanton als auch in der Stadt St.Gallen deutlich zugenommen. Körperverletzungen (63) und Tötlichkeiten (143) kamen in der Stadt St.Gallen im Jahr 2003 mehr als doppelt so häufig vor wie zehn Jahre früher (29 Körperverletzungen und 66 Tötlichkeiten). Für die Opfer ebenfalls besonders gravierend sind Raub und Entreisssdiebstahl. Zwischen 5 Prozent und 9 Prozent der Delikte werden der Gewaltkriminalität zugeordnet. Auch wenn die absoluten Deliktszahlen in diesem Bereich in der Stadt St.Gallen verhältnismässig klein sind (zwischen 220 Delikte 1996 und 524 Straftaten 2002),



sind diese Straftaten auch für das Sicherheitsempfinden besonders belastend. Die Grafik auf der folgenden Seite zeigt die Zunahme in diesem Bereich:



Bei den Delikten gegen die sexuelle Integrität lässt sich kein Trend feststellen. Die Fallzahl ist im vergangenen Jahr wieder leicht unter den langjährigen Durchschnitt von 50 Delikten gesunken.



Erklärungsansätze für die Entwicklung der Kriminalitätsbelastung sind schwierig. Einfache Ursache-Wirkungs-Ketten bestehen nicht. So bedeuten statistisch gesehen beispielsweise



weder eine schlechtere Wirtschaftslage bzw. eine höhere Arbeitslosigkeit noch eine Zunahme der Asylgesuche, dass die Kriminalitätsbelastung ansteigt. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die gesellschaftlichen Tendenzen der letzten Jahre, nämlich die Individualisierung bzw. Anonymisierung und der damit verbundene Verlust an Sozialkontrolle und der Wertezerfall eine Zunahme der Kriminalität begünstigen.

### **2.3 Vergleich mit dem übrigen Kanton**

Wie erwähnt, wird gut ein Drittel aller im Kanton erfassten Straftaten in der Stadt St.Gallen registriert. Dies obwohl die Wohnbevölkerung der Stadt nur knapp 16 Prozent der Kantonsbevölkerung von ca. 450'000 Menschen ausmacht. Dieses Ungleichgewicht wird teilweise korrigiert, wenn die Zahl von Zupendlern (im Jahr 2000 waren es ca. 29'000 Personen täglich) berücksichtigt wird. Die Zentrumsfunktion der Stadt St.Gallen gilt also grundsätzlich auch für die Kriminalitätsbelastung bzw. auch für die zu erbringende Dienstleistung der Stadt im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Wie in der Stadt St.Gallen sind auch im übrigen Kanton die Anzahl registrierter Delikte in den vergangenen Jahren angestiegen, wobei ebenfalls in den Bereichen Diebstahl, Sachbeschädigung und Raub eine Verstärkung festzustellen ist. Die Entwicklung in der Stadt St.Gallen ist zwar ausgeprägter als im übrigen Kanton, kann aber nicht als einzigartig angesehen werden.

### **2.4 Vergleich mit anderen Städten**

Der Vergleich zwischen einzelnen Städten hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung ist schwierig; dies vor allem deshalb, weil die Kriminalstatistiken in den Kantonen nicht nach einheitlichen Standards geführt werden.

Die Gesamtzahl der Delikte einer Kriminalstatistik sagt zudem grundsätzlich nur wenig darüber aus, wie sicher die Stadt ist: So ist ein Graffiti (Sachbeschädigung durch Farbe/Spray) für den betroffenen Grundeigentümer sehr lästig und mit hohen (Beseitigungs-)Kosten verbunden, eine eigentliche unmittelbare Gefahr für die Gesellschaft geht von diesem Delikt nicht aus. Demgegenüber stellen beispielsweise schwerer Raub, Nötigung oder Verbrechen gegen die sexuelle Integrität für das Opfer Eingriffe von sehr hoher Intensität dar, die das Sicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität massiv beeinträchtigen werden.

Luzern: Die Stadt Luzern weist eine Wohnbevölkerung (wirtschaftlicher Wohnsitzbegriff, basierend auf der Eidg. Volkszählung 2000) von ca. 59'500 Personen (St.Gallen: 72'600) auf.



Polizeilich registriert wurden im vergangenen Jahr 5'227 Delikte nach Strafgesetzbuch (St.Gallen: 5'980). Die Zahl der Delikte je 1'000 Einwohner ergibt bei Luzern einen Wert von 87. In St.Gallen beläuft sich diese Kennzahl auf 82. Wird die in Luzern höhere Zahl der Zupendler (31'500 gegenüber 28'300 in St.Gallen) berücksichtigt, weist Luzern mit einem Wert von 57 Delikten je 1'000 Personen den leicht besseren Wert aus als St.Gallen mit 59 Delikten.

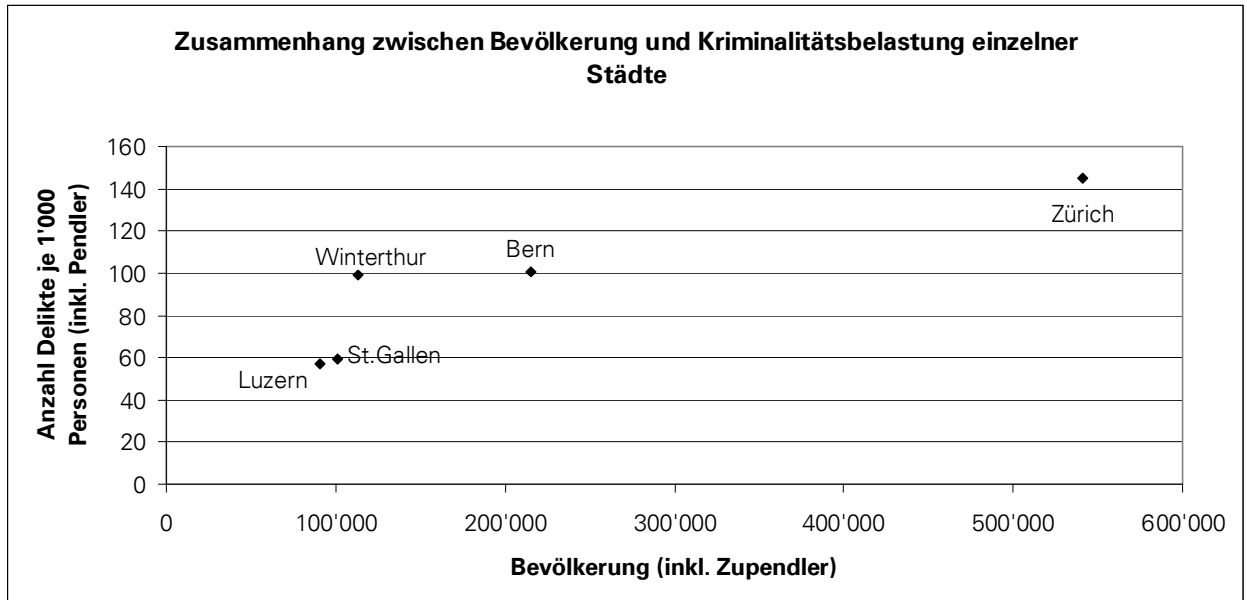
Winterthur: Im vergangenen Jahr wurden 11'270 Delikte nach Strafgesetzbuch polizeilich registriert. Bei einer Wohnbevölkerung von ca. 90'500 Personen sowie 23'000 Zupendlern ergeben sich folgende Kennzahlen: 125/99 Delikte pro 1'000 Einwohner exkl./inkl. Zupendler.

Bern: Die Hauptstadt registrierte bei einer Wohnbevölkerung von knapp 130'000 Personen und ca. 87'000 Zupendlern im vergangenen Jahr 21'613 Delikte. Daraus ergeben sich 168 bzw. 100 Delikte je 1'000 Einwohner exkl. bzw. inkl. Zupendler. Die Kriminalitätsbelastung ist damit deutlich höher als in St.Gallen.

Zürich: Die Kriminalitätsbelastung in der grössten Stadt der Schweiz beläuft sich auf 216 bzw. 145 Delikte je 1'000 Einwohner exkl./inkl. Zupendler. Im vergangenen Jahr wurden in Zürich insgesamt 78'473 Delikte registriert.

Im Vergleich der fünf Städte ist die Kriminalitätsbelastung in St.Gallen verhältnismässig tief. Die Zahl der Delikte je 1'000 Personen nimmt mit zunehmender Grösse der Stadt zu. Diesen Zusammenhang zeigt die nachstehende Grafik:





## 2.5 Entwicklung in der Schweiz

Seit 1982 besteht in der Schweiz eine nationale polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Obwohl die Erfassung der Daten nicht in allen Kantonen gleich gehandhabt wird, erlaubt die PKS im mehrjährigen Vergleich eine Aussage über Trends der angezeigten Straftaten. Im Jahr 2003 stieg die Zahl der erfassten Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Prozent von 307'631 auf 332'452. Im Vergleich zum historischen Höchststand von 1991 mit 359'201 Straftaten liegt sie aber immer noch klar darunter. Wie in der Stadt St.Gallen waren auch gesamtschweizerisch die Diebstähle die am meisten angezeigten Delikte. In diesem Bereich war ein Zuwachs von 8,1 Prozent auf insgesamt 293'923 Tatbestände zu verzeichnen. Im Übrigen muss auch bei den Delikten gegen Leib und Leben eine ähnliche Entwicklung wie in der Stadt St.Gallen festgestellt werden. Demnach hält der Trend zu mehr Gewalt unvermindert an; namentlich Anzeigen wegen Drohung (+ 11,6 %), Raub (+ 10 %) und vorsätzlicher Körperverletzung (+ 10 %) haben im vergangenen Jahr stark zugenommen. Obwohl die PKS nach 11,6 Prozent Zuwachs im Jahr 2002 auch für 2003 einen deutlichen Anstieg der Kriminalität ausweist, bleibt die Schweiz objektiv gesehen eines der sichersten Länder der Welt. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass es in der Schweiz keine Millionenstädte gibt und die soziale Kontrolle in der relativen Kleinräumigkeit trotz allem noch viel besser funktioniert als in den Weltstädten.

Anlass zur Besorgnis gibt allerdings der Trend zu immer mehr verbaler und physischer Gewalt, die sich vor allem unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigt.



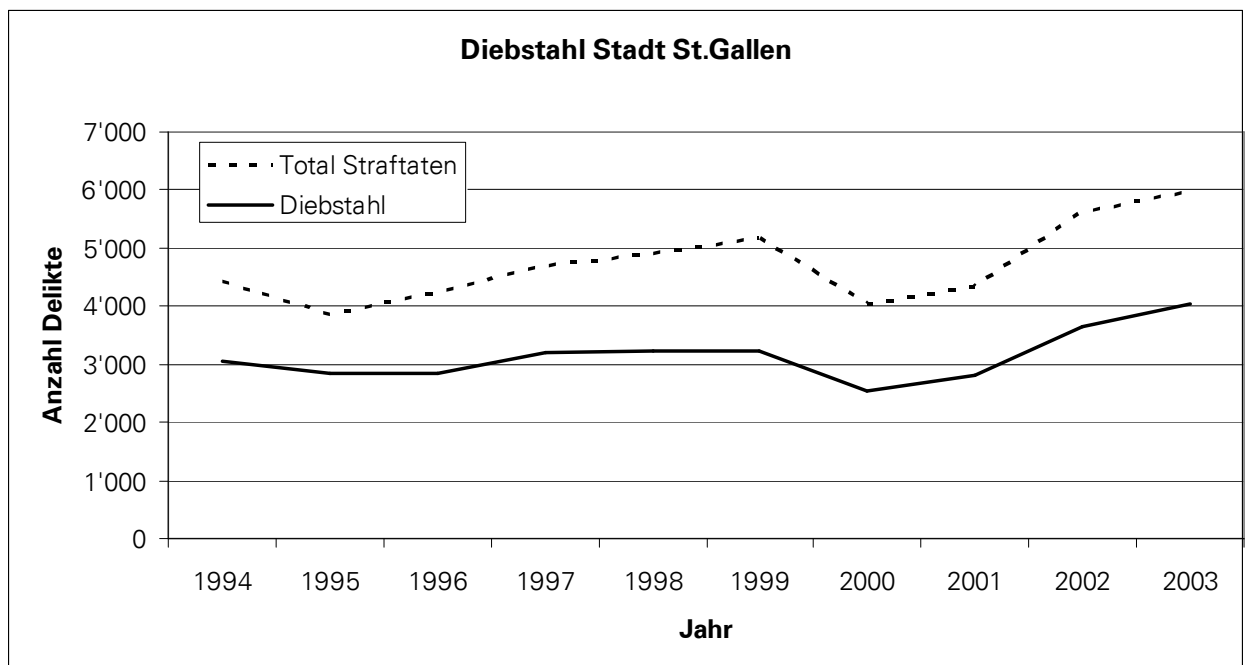
## 2.6 Analyse einzelner Delikte und Tätergruppen

Es ist festzuhalten, dass die polizeilich registrierten Delikte aus technischen Gründen nicht durchgehend nach Täterschaft, Tatort, Tatzeit und Opfer auswertbar sind. Daher muss bei der Interpretation bzw. Analyse der einzelnen Delikte und Tätergruppen teilweise auf bereits vorhandene Studien und Berichte anderer Städte zurückgegriffen werden. Dies ist insofern unproblematisch, da es sich bei den oben genannten Problemen um allgemeine Phänomene handelt, die in der gesamten Schweiz beobachtet werden können und somit gut dokumentiert sind.

### 2.6.1 Diebstahl

Im Bereich Diebstahl sind es vor allem der nicht separat ausgewiesene einfache Diebstahl sowie der Fahrzeugaufbruch, die zu einer Zunahme der Deliktszahl auf einen neuen Höchstwert von 4'025 Delikten im vergangenen Jahr geführt haben.

Die nachstehende Grafik zeigt auf, wie stark die Gesamtzahl der Delinquenz durch den Diebstahl bestimmt wird. Die weiteren Deliktskategorien haben zwar ebenfalls zugenommen, aber in weit geringerem Ausmass.



Rückläufig entwickelt hat sich die Zahl der Einbruchdiebstähle: Die Deliktszahl im Jahr 2002 (942) nahm um 22 Prozent auf 735 Tatbestände im vergangenen Jahr ab. Abschliessende und stringente Aussagen zu den Ursachen lassen sich nicht machen, zumal die Aufklärungs-





quote insgesamt bei 24 Prozent lag. In Fachkreisen gilt dies zwar im Quervergleich als eine gute Aufklärungsquote, doch lassen sich damit in nur einem von vier Fällen belegbare Aussagen über die Täterschaft machen. Die Erfahrungen aus Ermittlungen wie auch die konkreten Erscheinungsformen der Tatbegehung lassen jedoch den Schluss zu, dass es sich überwiegend um Delikte handelt, die durch eine lokale oder regionale Täterschaft verübt wurden. Nach Prof. Kilius, Universität Lausanne, ist die Entwicklung der Deliktszahlen weit mehr von den Möglichkeiten oder Gelegenheiten zur Tatbegehung abhängig als von irgendwelchen anderen Faktoren: Gelegenheit macht Diebe. Bei über 1'000 Diebstählen im vergangenen Jahr konnte die Täterschaft Sachen aus unverschlossenen Autos, Kellerräumen, Patientenzimmern oder von Gepäckträgern entwenden.

Nach Feststellungen der Kantonspolizei St.Gallen liegt das Motiv für Diebstahl häufig im Bereich der Beschaffungskriminalität. Dabei begeht eine relativ kleine Anzahl von Täterinnen und Tätern eine immer grössere Zahl von Delikten. Beispielsweise begingen elf drogenkranke Täter innerhalb von drei Monaten weit über 100 Straftaten im Bereich der Vermögenskriminalität.

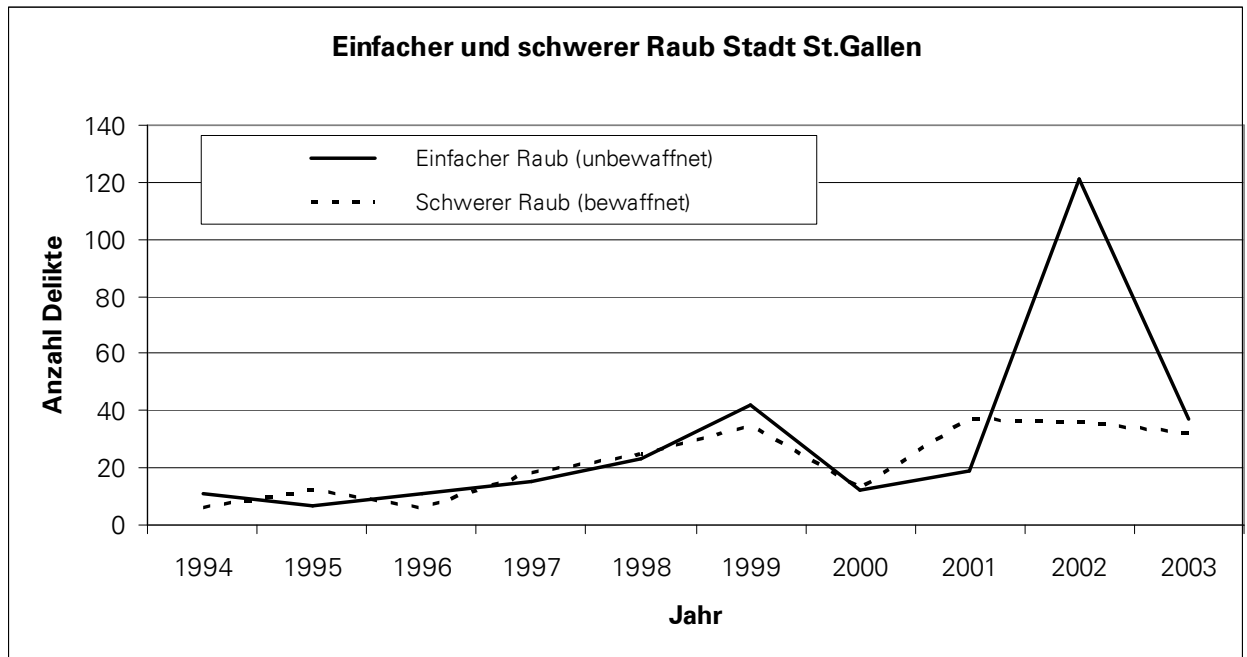
### **2.6.2 Raub**

Der Höchststand von Raubtatbeständen wurde im Jahr 2002 mit 157 Delikten erreicht. Dabei wurden 121 Straftaten unbewaffnet und 36 Delikte bewaffnet begangen. Gemäss den Erkenntnissen der Kantonspolizei wurde eine grosse Zahl von einfachen Raubtatbeständen vor allem aus Langeweile, ohne Motiv, häufig zur Einschüchterung und Demütigung der Opfer durch verschiedene Gruppierungen von Jugendlichen begangen. Überwiegend Jugendliche aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien der zweiten und dritten Generation sind für die ungünstige Entwicklung verantwortlich. Durch entsprechende Präventionskampagnen wie „Gemeinsam gegen Gewalt“ wurden die Schwerpunkttätigkeit der Präventionsstelle der Stadtpolizei sowie die Integrationsbemühungen der Stadt und des Kantons der Gefährdungslage angepasst.

Die Zahl der schweren Raubtatbestände (bewaffnet) fluktuiert sehr stark – ein Trend lässt sich nicht beobachten. Bewaffneter Raub weist allerdings seit nunmehr drei Jahren, nach „nur“ 13 Tatbeständen im Jahr 2000, konstant über 30 Delikte aus. Hier muss eindeutig eine Zunahme der Gewaltbereitschaft festgestellt werden.

Die folgende Darstellung verdeutlicht den statistischen Ausreisser beim einfachen Raub (unbewaffnet) im Jahr 2002 sowie die gleich bleibend hohe Zahl beim schweren Raub während den vergangenen drei Jahren:





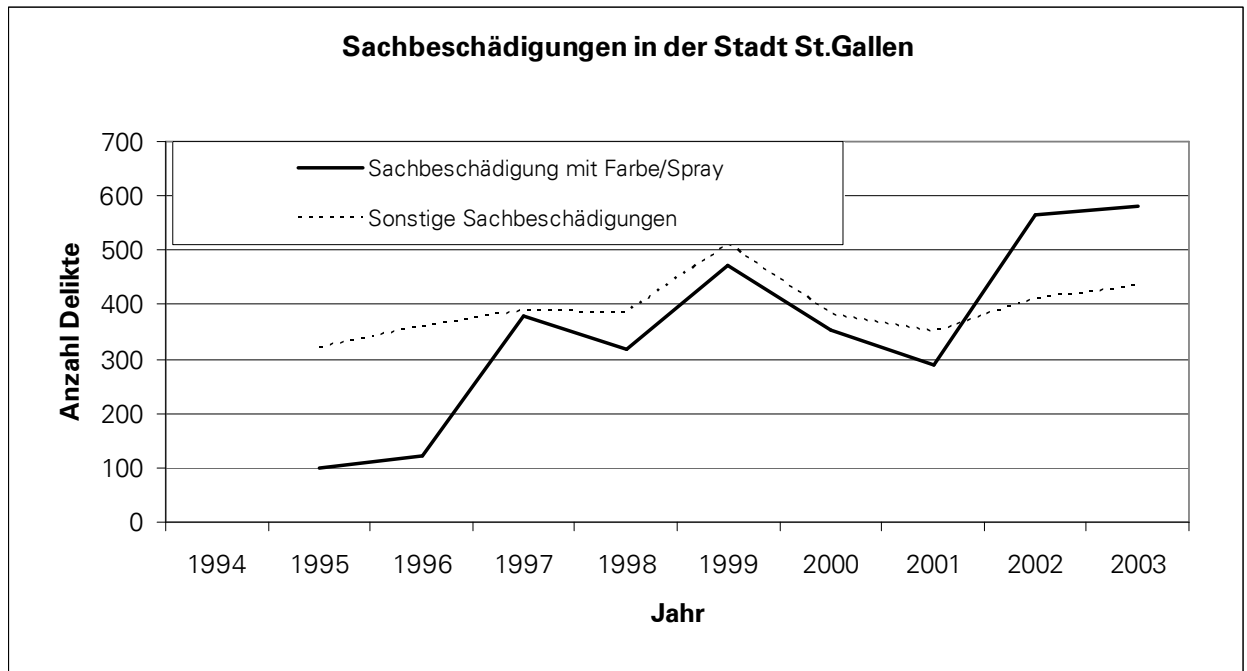
Über die Hälfte der Raubtatbestände wurde im vergangenen Jahr aufgeklärt: 57,8 Prozent beim einfachen Raub, 52,8 Prozent beim schweren Raub.

### 2.6.3 Sachbeschädigung / Vandalismus

Von den 1'015 im Jahr 2003 erfassten Tatbeständen auf Stadtgebiet wurden mit 582 Sachbeschädigungen mehr als die Hälfte mit Farbe/Spray begangen. Die Delinquenz in diesem Bereich hat sich damit auf (zu) hohem Niveau stabilisiert. Ein sprunghafter Anstieg war vom Jahr 2001 auf das Jahr 2002 zu verzeichnen: Die Sachbeschädigungen nahmen damals um insgesamt 52 Prozent zu, die Zahl der Sprayereien verdoppelte sich praktisch von 290 auf 564 Tatbestände. Mit einem vereinfachten Anzeigeverfahren gelangen seit kurzem auch kleinere Sprayereien zur Anzeige, die vorher aufgrund der sehr aufwändigen Anzeigeerstattung an die Polizei häufig nicht gemeldet wurden. Dies vermag die hohe Zunahme aber nur zu einem Teil zu erklären.

Vor 1995 wurden Sprayereien statistisch nicht separat ausgewiesen. Während der vergangenen zehn Jahre ist ein deutlicher Trend zu mehr Sachbeschädigungen durch Sprayereien festzustellen, wobei die beiden Jahre 1999 und 2001 in der recht gleichförmigen Entwicklung Ausreisser nach oben bzw. nach unten darstellen. Die Anzahl der Sachbeschädigungen ohne Sprayereien blieb praktisch konstant (vgl. nachstehende Grafik).





Die starke Zunahme von Sprayereien ist weder besonderen Ereignissen noch neu auftretenden Gruppierungen zuzuordnen. Im weitesten Sinne sind diese Tatbestände der allgemeinen Problematik anzulasten, dass Grenzen rasch überschritten und die Respektierung fremder Rechte und Sachen in unserer Gesellschaft keine besondere Wertstellung mehr hat. Bezüglich der Täterschaft ist allgemein bekannt, dass Vandalismus hauptsächlich von Jugendlichen verübt wird. Statistiken verschiedener Länder zeigen, dass es sich bei ungefähr 90 Prozent aller festgenommenen vandalisierenden Personen um Männer unter 25 Jahren handelt; davon sind 60 Prozent weniger als 18 Jahre alt. Die Täterschaft verteilt sich auf alle sozialen Schichten. Ausserdem wird gegen öffentliche Einrichtungen weit häufiger vandalisiert als gegen privates Eigentum. Vor allem Grünanlagen und Spielplätze, Schulgebäude und Freizeitzentren, öffentliche Verkehrsmittel und andere öffentliche Gebäude sind von Vandalenakten besonders stark betroffen. Objekte, die in einem besonders schlechten Zustand sind, sind durch Vandalismus stärker gefährdet als intakte Anlagen. Dieser Zusammenhang wird durch die sogenannte „Broken windows“-Theorie erklärt (vgl. Ziff. 5). Einer Studie der Universität Bern im Rahmen des nationalen Forschungsprogrammes NFP 40 zufolge sind Gruppendruck, Frustration, Langeweile sowie die Vergeltung gegenüber öffentlichen (Verkehrs-)Einrichtungen die häufigsten Motive für vandalistisches Verhalten bei Jugendlichen.

#### **2.6.4 Drogenproblematik**

Kaum eine gesellschaftspolitische Frage bewegt so stark wie das Drogenproblem. Es ist eine Tatsache, dass, wo eine Nachfrage nach Drogen besteht, immer auch ein Angebot erwächst. Jede Angebotsverknappung durch stärkere Repression führt zu einer Professionalisi-

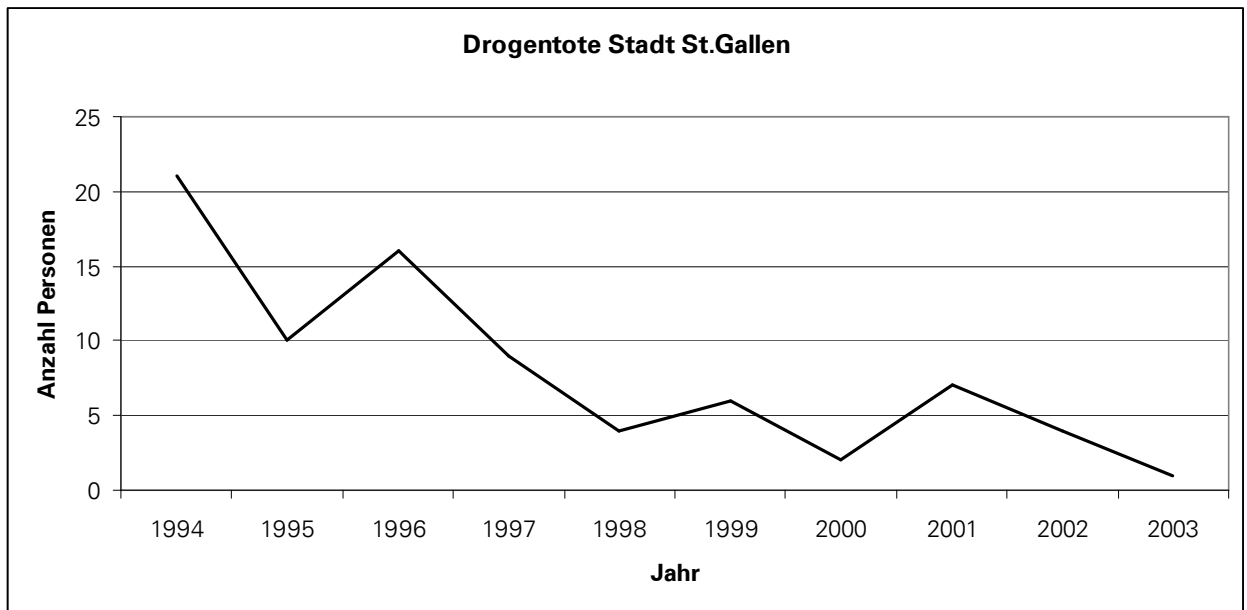


sierung des Handels und zu einer Zunahme der Beschaffungskriminalität. Die Vorstellung einer drogenfreien Gesellschaft ist realitätsfremd. Eine Drogenpolitik kann Erfolg haben, wenn sie die Nachfrage mitumfasst. Die vier Säulen der schweizerischen und städtischen Drogenpolitik sind Prävention, Schadensbegrenzung/Überlebenshilfe, Therapie/Reintegration sowie Repression. Diese Politik hat sich grundsätzlich bewährt. Das Konsumverhalten der Suchtkranken geht in Richtung Polytoxikomanie (Mehrfachabhängigkeit). Viele Süchtige konsumieren Heroin, Cannabis, Kokain und Amphetaminprodukte.

Aufgrund der Kriminalstatistik kann der Eindruck entstehen, dass die Problematik an Brisanz verliert. Seit 1996, dem bisherigen Höchststand polizeilich registrierter Betäubungsmitteldelikte in der Stadt St.Gallen mit 1'696 Straftatbeständen, ist ein sinkender Trend zu beobachten. Die Fallzahl von 1'045 Widerhandlungen im Jahr 2003 gegen das Betäubungsmittelgesetz (dies sind 39 % aller im Kanton festgestellten Betäubungsmitteldelikte) stellt den tiefsten Wert im zehnjährigen Beobachtungszeitraum dar. Der Rückgang an polizeilich registrierter Drogenkriminalität ist zum Teil eine Folge der Schwerpunktsetzung in der Arbeit der Stadt- und Kantonspolizei. So hat die Zahl der Anzeigen wegen Drogenhandel sowohl in der Stadt als auch im Kanton deutlich zugenommen, während die Anzeigen wegen Ankauf/Konsum in der Stadt um 25, im Kanton sogar um 35 Prozent abgenommen haben. Ein Grund liegt auch darin, dass bei geringfügigen Tatbeständen im Betäubungsmittelbereich das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt. Diese Fälle finden keinen Niederschlag in der Kriminalstatistik. Gemäss einer Schätzung der Betäubungsmittelfachstelle der Kantonspolizei werden jährlich in der Stadt St.Gallen „auf der Gasse“ Drogen im Wert von ca. CHF 7 bis 10 Mio. umgesetzt.

Im vergangenen Jahr starb in der Stadt St.Gallen eine Person an Drogenkonsum (total Kanton 12 Drogentote). Die unten stehende Grafik zeigt den Rückgang während den vergangenen zehn Jahren:





Der Rückgang der Zahl der Drogentoten darf als Erfolg der konsequenten Umsetzung der Viersäulenpolitik (Repression, Überlebenshilfe, Therapie und Prävention) seit 1992 gewertet werden.

#### **2.6.4.1 Kokain**

Der Kokainmarkt ist straff durchorganisiert mit einem regen Austausch der Kleindealer. In diesem Segment treten vor allem Asyl Suchende aus westafrikanischen Staaten als Kleindealer in Erscheinung. Sie lösen bei der Bevölkerung Beunruhigung aus. Die Stadtpolizei St.Gallen begegnet diesen Erscheinungen mit speziellen Aktionen und täglichen Massnahmen in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und dem Ausländeramt. Alleine mit polizeilich-repressiven Massnahmen ist dieser Art von Kriminalität nicht beizukommen. Es handelt sich hier um eine Form von Netzwerkkriminalität, welche weit verzweigt ausgelegt ist und mit einem hohen Grad an Arbeitsteilung in allen Städten den lokalen Kokainmarkt abdeckt. Diese Organisationsform erschwert die strafrechtliche Verfolgung stark. Der rechtsgenügli- che Nachweis einer strafbaren Handlung als Grundlage für die Strafverfolgung ist sehr schwierig zu erbringen.

#### **2.6.4.2 Heroin**

Heroin ist breit verfügbar. Dieses Marktsegment wird durch Dealerorganisationen aus dem Balkan sowie aus arabischen Staaten abgedeckt. Die Ware wird in der Regel zunächst in grösseren Mengen in Zentren wie Zürich geliefert und danach im Kilobereich weiter verarbeitet. Gedealt wird in St.Gallen vor allem beim Bahnhof, dem Marktplatz sowie im Kantonsschul- und im Stadtpark.



#### **2.6.4.3 Cannabis**

Cannabis hat sich aufgrund der hohen Gewinnmargen und der veränderten Grundhaltung zur Legalisierung des Konsums zu einem Markt mit erheblichem Potenzial entwickelt. Derzeit gibt es im Kanton St.Gallen fünfzehn Hanfläden, wovon elf in der Stadt St.Gallen domiziliert sind. In der jüngsten Vergangenheit wurden Hanfshops vermehrt Ziel von Raubüberfällen. Tätergruppierungen mit zunehmendem kriminellem Organisationsgrad versorgen den Markt mit Hanfprodukten. Die Hanfshops werden regelmässig in kleinen Zeitabständen durch die Kriminalpolizei in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei kontrolliert.

#### **2.6.4.4 Alkohol**

Alkoholkonsum war im vergangenen Jahr Ursache von ca. 6 Prozent der Verkehrsunfälle auf Stadtgebiet. Für den gesamten Kanton liegt dieser Wert bei 8 Prozent. 22 Prozent der Unfälle mit Verkehrstoten und 19 Prozent der Unfälle mit Verletzten ereigneten sich gemäss kantonalen Verkehrsunfallstatistik unter Alkoholeinfluss. Eine Verbesserung der Verkehrssicherheit ist durch die Verschärfung des eidgenössischen Strassenverkehrsrechts ab nächstem Jahr zu erwarten.

Alkohol ist oft auch die Ursache häuslicher Gewalt. Ausserdem ist seit einigen Jahren bei gewissen Ansammlungen von Jugendlichen, vor allem im Innenstadtbereich, zunehmend übermässiger Alkoholkonsum zu beobachten. Im Rahmen der Alkohol-Präventionskampagne „Checkpoint“ hat die Stadtpolizei St.Gallen zwischen Herbst 2001 und Frühjahr 2002 rund 100 Verkaufsstellen sowie ca. 30 Imbiss- und Unterhaltungsrestaurants kontrolliert, um die bestehenden Jugendschutzbestimmungen durchzusetzen. Alkohol darf nicht an Jugendliche unter 16 Jahren abgegeben werden; für „gebrannte Wasser“, zu denen auch die Alcopops gehören, besteht ein Abgabeverbot für Jugendliche unter 18 Jahren. Das durch die Gewerbe- polizei initiierte System, an Grossveranstaltungen nach Alter farblich unterschiedliche Eintrittstickets bzw. -bänder abzugeben, hat sich bewährt. Die Farbe des Eintrittsbändels bestimmt, ob der oder dem Jugendlichen während der Veranstaltung Alkohol abgegeben werden darf oder nicht.

### **2.7 Jugendproblematik**

Im Rahmen der Beantwortung des Postulats „Gewaltprävention – Jugendliche als interkulturelle Brückenbauer“ wurde bereits ausführlich dargestellt, dass die Ursachen der Jugendgewalt komplex und vielschichtig sind. In diesem Kontext wurden die bisher eingeleiteten Lösungsansätze und weitere geplante Massnahmen erläutert. Die besondere Problemsitua-



tion aufgrund vandalisierender Jugendlicher in der Innenstadt wird bei der Beantwortung des hängigen Postulates „Jugendarbeit im Zentrum“ analysiert werden.

## **2.8 Ausländerkriminalität**

Die statistischen Untersuchungen machen deutlich, dass Nichtschweizerinnen und Nichtschweizer in der polizeilichen Kriminalstatistik mit einem hohen Anteil registriert sind. So entfallen im langjährigen Durchschnitt rund die Hälfte aller verübten Straftaten auf Ausländerinnen und Ausländer. Im Kanton St.Gallen waren in den vergangenen sechs Jahren zwischen 48,4 Prozent (2001) und 53,2 Prozent (1999) der ermittelten Täterschaft Ausländerinnen und Ausländer. Von den ermittelten ausländischen Täterinnen und Tätern stammen 34,8 Prozent aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und 11,7 Prozent aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Insbesondere abweichende Wertsysteme und Konfliktkulturen führen zu überdurchschnittlichem delinquentem Verhalten.

Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2001, welche im Auftrag der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement von der Arbeitsgruppe Ausländerkriminalität (AGAK) erstellt worden ist, haben rund 20 Prozent aller verurteilten Ausländerinnen und Ausländer keinen Wohnsitz in der Schweiz. Insgesamt werden die höchsten Ausländeranteile bei Verurteilungen wegen Gewaltdelikten (vor allem Raufhandel und Angriff mit 82 %), Betäubungsmittelhandel (80 %) und Einbruch (64%) ausgewiesen. Der Anteil der Asyl Suchenden an allen Verurteilten beträgt rund 7 Prozent. Junge männliche Asyl Suchende weisen eine wesentlich höhere Verurteiltenrate auf als Schweizer der gleichen Altersgruppe.

Aussagen der Kriminalstatistik betreffend Ausländerkriminalität sind somit in verschiedener Hinsicht zu relativieren. Berücksichtigt man nur Täterinnen und Täter mit Wohnsitz in der Schweiz und klammert die sogenannten Kriminaltouristen aus, ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländern an der Gesamtkriminalität tiefer. Ein wichtiger Grund für die Übervertretung der ausländischen Täterschaft beruht zudem auf dem Umstand, dass Delikte – insbesondere Gewaltdelikte – zu einem grossen Teil von jungen, männlichen Tätern begangen werden. Da der Anteil junger Männer in der ausländischen Wohnbevölkerung höher ist als jener in der Schweizer Bevölkerung, ergibt sich auch unter den Straftätern eine überdurchschnittliche Vertretung der Ausländer.

Vor diesem Hintergrund kommt den Massnahmen, welche zu einer besseren Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Gesellschaft führen können, eine zentrale Bedeutung zu. Diese Beurteilung der AGAK steht im Einklang mit den Aussagen der angehörten Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Hilfswerken und Ausländergruppierungen,



welche eine mangelnde Integration von Ausländerinnen und Ausländern übereinstimmend als Hauptgrund für eine hohe Ausländerkriminalität bezeichnet haben. Dazu gehört auch eine bessere Orientierung der Ausländerinnen und Ausländer über Organisation, Aufgaben, Zuständigkeiten und Funktionsweise der Behörden sowie über die in der Schweiz geltende Rechtsordnung, die hier üblichen Gepflogenheiten und vorgesehenen Sanktionen bei Fehlverhalten. Die Stadtpolizei arbeitet gezielt mit Ausländergruppierungen zusammen.

## **2.9 Fazit**

Die Entwicklung der polizeilich registrierten Delikte wird wesentlich durch den Diebstahl bestimmt: Während in der Stadt St.Gallen im Jahr 2000 noch 2'547 Diebstähle gemeldet wurden, waren es im vergangenen Jahr bereits 4'025, was einer Zunahme um knapp 1'500 Delikte bzw. 58 Prozent entspricht. Die Beschaffungskriminalität hat einen hohen Anteil an der Delinquenz.

Bei der Beurteilung der Kriminalitätsbelastung muss differenziert werden: Positiv zu vermerken ist, dass die Stadt St.Gallen im nationalen Vergleich der grösseren Städte eine relativ tiefe Kriminalität aufweist. Negativ fällt auf, dass die Delinquenz in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist. Es besteht die Gefahr, dass gegen die sehr häufig vorkommenden Delikte durch die Polizei nicht im notwendigen Ausmass vorgegangen werden kann. Diese Gefahr wird in Anbetracht der eher tiefen Aufklärungsquoten für das Jahr 2003 manifest: Während die Mehrzahl der Gewaltkriminalität und immerhin ein Drittel der Straftaten insgesamt im Kanton aufgeklärt werden konnte, liegt der Ermittlungserfolg bei den sogenannten Massendelikten Diebstahl mit 22 Prozent sowie Sachbeschädigung mit 16,2 Prozent deutlich darunter. Die Häufigkeit strafbaren Verhaltens hängt aber wesentlich von der Wahrscheinlichkeit ab, überführt und bestraft zu werden. Es ist dabei zu erwähnen, dass die kriminalpolizeiliche Aufgabenerfüllung hauptsächlich der Kantonspolizei obliegt (vgl. Ziff. 7.1), die sicherheitspolizeiliche Aufgaben, insbesondere der Schutz der Bevölkerung durch präventive Polizeiarbeit, in den Aufgabenbereich der Stadtpolizei gehören. Daneben üben in St.Gallen rund 35 von der Stadt konzessionierte private Sicherheitsanbieter Bewachungs-, Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben aus. Diese sind verpflichtet, mit der Polizei zusammenzuarbeiten und können dadurch einen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit leisten. Die grosse Nachfrage nach privaten Sicherheitsdiensten darf indessen nicht zu einer Aushöhlung des Gewaltmonopols der Polizei führen. Um in Bezug auf Sicherheit eine „Zweiklassengesellschaft“ zu vermeiden, muss die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit auch in Zukunft in erster Linie eine öffentliche Aufgabe bleiben.



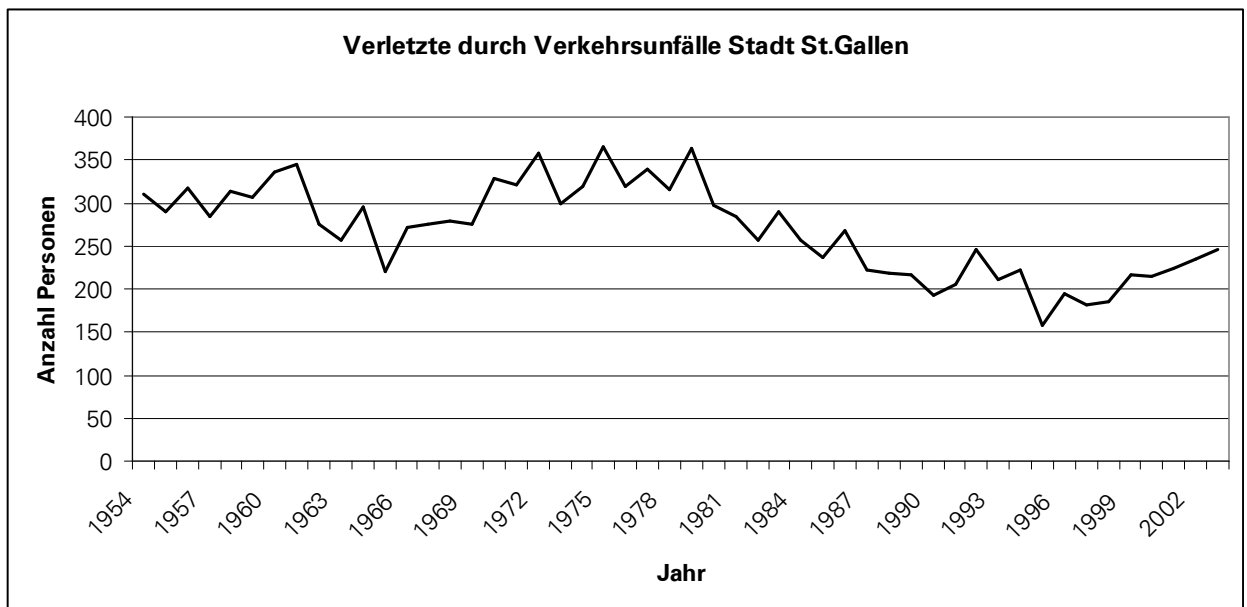


Im nationalen und internationalen Vergleich darf die Sicherheit in der Stadt St.Gallen als gut beurteilt werden. Anlass zur Sorge geben allerdings einzelne Problemkreise und Deliktskategorien, insbesondere die Zunahme der Gewaltbereitschaft.

### 3 Unfallgeschehen

Neben der Kriminalitätsbelastung stellt das Unfallgeschehen im Strassenverkehr einen wesentlichen Sicherheitsaspekt dar. Im Sicherheitsbericht des Kantons wird darauf hingewiesen, dass die durch Verkehrsunfälle verursachten Körper- und Sachschäden um ein Vielfaches höher sind als jene, die durch Straftaten entstehen.

Im vergangenen Jahr ereigneten sich auf dem städtischen Verkehrsnetz insgesamt 880 Verkehrsunfälle. Bei 204 Unfällen wurden total 246 Personen verletzt, davon 20 schwer und drei tödlich. Ausschliesslich Sachschaden mit ca. CHF 5,3 Mio. Schadenssumme wurde bei 676 polizeilich registrierten Unfällen verursacht. Davon betreffen 239 Ereignisse das Anfahren von parkierten Fahrzeugen mit unbekanntem Verursacher. Im Jahr 1995 wurde mit 158 die geringste Zahl von Verletzten registriert. Die Unfallstatistik weist seither einen leichten Aufwärtstrend auf. Die Entwicklung der durch Strassenverkehrsunfälle während den vergangenen 50 Jahren Verletzten zeigt die Grafik auf der nächsten Seite:



In der Stadt St.Gallen waren Ende 2003 30'000 Personenwagen bzw. 40'000 Strassenfahrzeuge zugelassen. Der Fahrzeugbestand hat sich mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 650 Fahrzeugen seit 1972 verdoppelt. Gleichzeitig hat die Zahl der Unfälle, der



Verletzten und der Verkehrstoten deutlich abgenommen. Diese gegenläufige Entwicklung hat verschiedene Ursachen:

- Im Jahr 1987 wurde die Stadtautobahn eröffnet.
- Die Schaffung von mittlerweile 28 flächendeckenden Tempo-30-Zonen, Wohnstrassen und neuerdings Begegnungszonen beeinflusst das Unfallgeschehen positiv. In Niedrigtempozonen ereignen sich einerseits weniger Unfälle, andererseits sind die Unfallfolgen weniger gravierend.
- Unfallschwerpunkte werden laufend saniert.
- Die Beleuchtungen und Hinweissignale bei gefährlichen Fussgängerübergängen werden verbessert. Die Signalisationen und Bodenmarkierungen werden zunehmend reflektierend und dadurch besser sichtbar ausgeführt.
- In allen Geschwindigkeitsbereichen werden Geschwindigkeits- und andere Verkehrskontrollen durchgeführt, deren Ergebnisse in den Medien publik gemacht werden.
- Weitere präventive Massnahmen sind die zahlreichen Verkehrskampagnen unter Einbezug der Medien sowie die Verkehrsinstruktionen an den Schulen.
- Dazu kommen technische Verbesserungen der Fahrzeuge und zahlreiche Vorschriften im Interesse der Verkehrssicherheit.

Diese Massnahmen sollen in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Je mehr Präsenz die Polizei auf dem Strassennetz markieren kann, um so verhaltenswirksamer wird ihre Tätigkeit bei Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern.

Fahren unter Alkohol- oder Drogeneinfluss ist nach wie vor Ursache für zahlreiche Unfälle. Ab dem nächsten Jahr treten in diesem Zusammenhang mehrere Gesetzesänderungen für eine bessere Verkehrssicherheit in Kraft. Kernelemente der neuen Vorschriften sind die Senkung der Alkohollimite durch den Bundesrat auf 0,5 Promille, ein abgestuftes Sanktionssystem für angetrunkenes Fahren, Nulltoleranz beim Lenken unter Einfluss von Drogen wie Cannabis, Heroin oder Ecstasy sowie ein verschärfter Modus bei Ausweisentzügen im Wiederholungsfall. Mit Inkrafttreten der Verschärfungen ab Januar 2005 erhält die Polizei die Kompetenz, Fahrzeuglenker jederzeit auf Alkohol und Drogen zu testen. Ein Führerausweisentzug erfolgt ab 0,8 Promille zwingend für mindestens drei Monate. Härter bestraft werden ab Neujahr auch Wiederholungstäterinnen und Wiederholungstäter.

#### **4        Schwerpunkte der Sicherheitspolitik**

Die Sicherheitspolitik der Stadt ist auf folgende Bereiche ausgerichtet:

- Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit;



- Vorbeugung bzw. Beseitigung von Verwahrlosungstendenzen im öffentlichen Raum;
- Stärkung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung.

Diese Politik wird konkretisiert durch Prävention, die flächendeckende Bereitstellung der polizeilichen Grundversorgung rund um die Uhr sowie der Leistung von Spezialeinsätzen bei grösseren Ereignissen.

Bereits 1995 bekannte sich die Stadtpolizei St.Gallen zu verstärkter Bürgerorientierung. Bei der Ausrichtung auf eine bürgernahe Polizeiarbeit, dem sogenannten community policing, wird einerseits der Prävention und andererseits der engen, partnerschaftlichen Beziehung zur Bevölkerung grosse Bedeutung beigemessen. Je früher ein polizeirelevantes Problem erkannt wird, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass es behoben werden kann, bevor es zu einer Eskalation im Sinne einer Straftat oder Übertretung kommt. Community policing wird deshalb auch als problemorientierte Polizeiarbeit im Unterschied zur traditionellen, ereignisorientierten Polizeiarbeit bezeichnet. Nicht die Konfrontation, sondern die Kooperation mit Individuen oder Organisationen steht dabei im Vordergrund. Die Stadtpolizei St.Gallen hat deshalb wohl als erste Polizei der Schweiz im Jahr 2001 eine Stelle geschaffen, die sich intensiv und ausschliesslich um Präventionsanliegen kümmert und die entsprechenden Bemühungen koordiniert.

Sicherheit als Querschnittsfunktion macht ein immer stärker vernetztes, rechtzeitiges und proaktives Zusammenarbeiten der verschiedenen involvierten verwaltungsinternen und -externen Stellen notwendig. In der Präventionsstelle der Stadtpolizei werden Informationen aus der Bevölkerung, von Betrieben und Geschäften, Schulen, Vereinen und den Mitarbeitenden der Stadtpolizei, aber auch von den verschiedensten Amtsstellen gesammelt und ausgewertet. Aus diesen Erkenntnissen werden die wirkungsvollsten Massnahmen abgeleitet und gezielt umgesetzt. In Frage kommen beispielsweise vermehrte Polizeipatrouillen in den Quartieren, Personenkontrollen, allgemeine Sicherheitskontrollen oder auch Aufklärungsarbeit über legale und illegale Drogen und Gewalt an den Schulen. Bei Informationen aus der Bevölkerung erfolgt in jedem Fall eine Rückmeldung über die getroffenen Massnahmen an den Absender bzw. die Absenderin. Die Kommunikation mit der Bevölkerung ist ein ganz entscheidender Teil der präventiven Polizeiarbeit. Dazu bietet insbesondere auch die enge Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen eine wertvolle Plattform.

Die Sicherheitspolitik durch bürger- und konfliktnahe Polizeiarbeit bedingt eine dezentrale Konzeption. Ein wesentlicher Aspekt sind deshalb die Kontaktbeamten. Als eigentliche Ansprechpartner kümmern sie sich um „ihre“ Quartiere. Dort leisten die Kontaktbeamten wertvolle Arbeit, indem sie gleichsam als „Sonden“ der Stadtpolizei und der ganzen Stadtverwaltung Anliegen, Ideen, Kritik der Bevölkerung aufnehmen. Sie setzen sich aktiv dafür



ein, Berührungspunkte abzubauen. Zur Zeit sind in der Stadt St.Gallen acht Kontaktbeamte im Einsatz. Bei ihren täglichen Patrouillen in ihrem Quartier pflegen sie den Kontakt mit der Bevölkerung. Dabei erteilen sie Auskünfte, überprüfen Hinweise oder schlichten verfahrenere Situationen. Zu ihren Aufgaben gehören aber auch Besuche in Betrieben, Geschäften, Restaurants, Schulhäusern, Betagtenheimen oder Jugendtreffpunkten, wobei sie nicht nur beratend oder vermittelnd in Aktion treten, sondern nötigenfalls auch ermahnend oder repressiv agieren. Die tägliche Präsenz der Kontaktbeamten stärkt das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Oft nehmen sie auch bei der Beschaffung und Auswertung von Erkenntnissen und Mitteilungen, die der Verbrechensbekämpfung dienen, eine wichtige Rolle ein. Damit noch breitere Teile der Öffentlichkeit erreicht werden können, ist die Kontaktarbeit im Bereich Prävention zu intensivieren und sind die einzelnen Kontaktbeamtenreviere an die neuen Gegebenheiten anzupassen und zu verdichten. Damit die Arbeit mit und in den Quartieren ausgebaut werden kann, beabsichtigt die Stadtpolizei St.Gallen, mit jedem Quartier eine „Sicherheitsvereinbarung“ abzuschliessen, in welcher die Schwerpunkte der Zusammenarbeit definiert werden.

#### **4.1 Interdisziplinärer Ansatz**

Es bestehen zahlreiche Arbeitsgruppen, die sich mit Aspekten des öffentlichen Raumes auseinander setzen. So besteht beispielsweise seit drei Jahren eine Arbeitsgruppe für interdisziplinäre Problemlösungen, in der Polizei, Schule, Vormundschaft, Jugendanwaltschaft und Stiftung Suchthilfe zusammenarbeiten. Zwecks Koordination der Verfahrensabläufe im öffentlichen Raum und Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Dienststellen (insbesondere Tiefbauamt, Stadtpolizei, Stadtplanung und Baupolizei) wurde eine Aufbauorganisation geschaffen, welche sich im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen mit baulichen und organisatorischen Vorhaben im öffentlichen Raum, dessen Nutzung und Gestaltung sowie mit der Koordination der Anlässe im öffentlichen Raum befasst.

#### **4.2 Ausbau der Gassenarbeit (aufsuchende Jugendarbeit)**

Die Stiftung Suchthilfe ist durch Leistungsvereinbarung für die Gassenarbeit in unserer Stadt verantwortlich. Sie ist Ansprechpartnerin vor allem im Suchtbereich, aber auch für Jugendliche auf der Gasse und an den einschlägigen Treffpunkten im öffentlichen Raum. Bereits in der Postulatsantwort „Gewaltprävention – Jugendliche als interkulturelle Brückenbauer“ hat der Stadtrat einen Ausbau der aufsuchenden Jugendarbeit im Stadtzentrum in Aussicht gestellt. Durch die kürzlich beschlossene zusätzliche Dotation der Gassenarbeit mit 80 Stellen-



prozenten auf vorübergehend 3,2 Vollzeitstellen ist es zur Zeit möglich, vermehrt aufsuchende Jugendarbeit zu leisten.

#### **4.3 Drogenpolitik und Suchtarbeit**

Die Stiftung Suchthilfe entstand 1990 als Stiftung „Hilfe für Drogenabhängige“ aus der Notwendigkeit und dem Willen, einem dringenden gesellschaftlichen Problem mit praktischer Arbeit und mit der Übernahme von Verantwortung zu begegnen. Daher bedeutet Drogenarbeit auf kommunaler Ebene, wie sie die Stiftung mit praktischen Projekten betreibt, Alltagsarbeit bzw. Kleinarbeit. Damit sie aber ihre Projekte realisieren kann, ist sie auf die Zusammenarbeit mit Betreuerinnen und Betreuern, den Eltern und Angehörigen der Süchtigen, des Sozial- und Vormundschaftsamtes und vor allem der Polizei angewiesen. Diese Vernetzung wurde in der Vergangenheit stetig ausgebaut – mitunter ein Grund für den Erfolg bei der Bewältigung und Entspannung des Drogenproblems in den 90er Jahren. Es gilt die drogenpolitischen Konzepte laufend den sich verändernden Verhaltensweisen der Drogenabhängigen anzupassen.

Die Strategie der Stadtpolizei im Bereich der Betäubungsmitteldelikte ist vor allem auf den sicherheitspolizeilichen Schutz der Bevölkerung ausgerichtet. Dabei konzentriert sie sich primär auf sicherheits- und fahndungspolizeilich motivierte offene Personenkontrollen. In Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsamt werden festgestellte Dealeraktivitäten sogleich geahndet. Über das Ausländeramt werden fremdenrechtliche Massnahmen wie Wegweisung oder Ausschaffung eingeleitet. Die Wirkung dieser Massnahmen ist indes beschränkt. Die Intensivierung der Kontrolltätigkeit an den neuralgischen Orten des Drogenhandels, wie etwa dem Bahnhof, führt zu einer Verlagerung der Händlertätigkeit in Parks, Wohnquartiere und in die Nähe von Schulen. Die Polizeiarbeit wird durch diese räumliche Verlagerung eher erschwert. Seit der Schliessung des Schellenackers im Jahr 1993 konnte durch den täglichen Einsatz von besonderen Patrouillen die neuerliche Etablierung einer offenen Drogenszene erfolgreich verhindert werden.

Das Phänomen der Händler aus Schwarzafrika wird in ganz Westeuropa festgestellt. Die Erscheinungsbilder sind überall die selben. In der stadträtlichen Antwort zur Interpellation „Verunsicherung der Bevölkerung durch Personen schwarzer Herkunft in der Stadt“ vom 2. Juli 2002 wurde die Migrations- und Asylproblematik im Zusammenhang mit Drogenhandel bereits ausführlich aufgezeigt.

In der übergeordneten Verteilung werden Telefonkontrollen, Observationen und Einsatz von verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern vorgenommen. Die Kriminalpolizei der Kantonspolizei St.Gallen verfügt dazu über modernste und effiziente Einsatzmittel. Es muss festgestellt



werden, dass die Verfügbarkeit von Heroin in der Schweiz in den letzten Jahren nicht spürbar eingeschränkt werden konnte. Polizeiliche Fahndungserfolge werden durch die gut organisierten Banden sehr rasch ausgeglichen.

#### **4.4 Häusliche Gewalt**

Seit dem 1. Januar 2003 kann die Stadtpolizei St.Gallen den Opfern häuslicher Gewalt einen verbesserten Schutz gewähren: Die Tätigkeit der Polizei beschränkt sich nicht mehr auf die Vermittlung, sondern sie kann die Gewalt ausübende Person wegweisen und ihr die Rückkehr für zehn Tage verbieten. Nicht mehr das Opfer, sondern die Person, die Übergriffe verübt, hat die gemeinsame Wohnung auf polizeiliche Anordnung hin zu verlassen und darf sie während zehn Tagen nicht mehr betreten („wer schlägt, der geht“). Hat die gefährdete Person beim Zivilrichter um Anordnung von Schutzmassnahmen ersucht, verlängert sich das Rückkehrverbot um weitere zehn Tage. Damit kann die akute Gefahrensituation in vielen Fällen behoben, dem gewalttätigen Partner ein unmissverständliches Zeichen gesetzt und allen Beteiligten eine „Auszeit“ eingeräumt werden, während der die weiteren Schritte in Ruhe überlegt werden können. Erfordert es die Situation, so kann die gewalttätige Person vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen werden. Während dem ersten Jahr des Vollzugs musste die Stadtpolizei St.Gallen in 127 Fällen häuslicher Gewalt intervenieren. Dabei wurden in 50 Fällen Wegweisungen angeordnet.

Bei einer durchschnittlichen Fallbearbeitungszeit von ca. acht Arbeitsstunden ergab sich im vergangenen Jahr ein zusätzlicher Aufwand von mehr als einem halben Personenjahr. Es zeigt sich, dass die Mitarbeitenden der Stadtpolizei die neuen gesetzlichen Bestimmungen konsequent und kompetent anwenden. Das neue Recht ermöglicht eine sachgerechte Erstintervention durch die Polizei, stellt aber hohe Anforderungen an die Mitarbeitenden.

#### **4.5 Präventionskampagne „Hallo Nachbar“**

Wie auch in anderen Städten hat unter anderem die demografische Entwicklung in der Stadt St.Gallen zu einer fortschreitenden Individualisierung der Gesellschaft geführt. Einige Zahlen aus der Volkszählung 2000 sollen dies verdeutlichen: In der Stadt St.Gallen waren im Jahr 2000 knapp die Hälfte (45 %) aller 35'000 Haushalte Einpersonenhaushalte. 1970 war der Anteil mit 7'700 Haushalten bzw. 26 Prozent deutlich geringer. Im gesamten Kanton war der Anteil der Single-Haushalte im Jahr 2000 bei 33 Prozent, gegenüber 18 Prozent 30 Jahre zuvor. Die durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalt beträgt in der Stadt aktuell 1,97 und im Kanton 2,38. Diese Situation bringt eine gewissen Anonymität, verbunden mit abnehmender Sozialkontrolle, mit sich. Diese Anonymität begünstigt einerseits die Möglich-



keiten kriminellen Handelns und wirkt sich andererseits negativ auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung aus. Aus diesem Grund versucht die Stadtpolizei, nach dem Motto „Vorkehren statt Aufkehren“, mit präventiven Sicherheitsmassnahmen der fortschreitenden Anonymisierung zu begegnen und Eigenverantwortung zu fördern. Diesem Gedanken folgend lancierte die Stadtpolizei die Kampagne „Hallo Nachbar“. Verschiedene Themen, dargestellt auf Plakaten, Postkarten und Visitenkarten, sollen die Bevölkerung zu mehr Selbstverantwortung und Solidarität motivieren. Sicherheit kann nur im gemeinsamen Bemühen erreicht werden und ist nicht ausschliesslich an die Polizei delegierbar.

Mit fünf Botschaften wird bis jetzt versucht, die Sozialkontrolle wieder in Erinnerung zu rufen:

- Lärm: Viel Vergnügen... beim Festen. Aber denken Sie an die Nachbarn: Beim Grillieren, Musikhören, Tanzen, Spielen und auf dem Nachhauseweg. Rücksicht schafft Freu(n)de.
- Abfall: Schöner Wohnen ... in unserer Stadt, zu der wir Sorge tragen. Dadurch leben nicht nur die Nachbarn besser. Anstand bringt Freu(n)de.
- Aufmerksamkeit: Schöne Ferien ... und gute Heimkehr, ohne unliebsame Überraschungen bei Ihnen zu Hause. Während Ihrer Abwesenheit leisten die Nachbarn „gute Dienste“!
- Diebstahl: Gute Fahrt ... und denken Sie daran, Handys, Laptops, Taschen nie sichtbar im Auto zurück lassen, denn Wertgegenstände laden zum Autoaufbruch ein.
- Ruhe: Rücksichtnahme auf Bewohnerinnen und Bewohner lärmbelasteter Wohngebiete.

Die Bevölkerung soll zu Eigenverantwortung motiviert und dazu angeregt werden, verstärkt auch an den nachbarschaftlichen Angelegenheiten zu partizipieren. Durch die tätige Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten im Quartier kann die eigene, unmittelbare Lebenswelt besser erfasst werden. Der Begriff „Hallo Nachbar“ wird zu einer Leitidee der Stadtpolizei St.Gallen gemacht. Die Idee soll kontinuierlich in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger eingehen und ist begründet in den Legislaturzielen 2001 – 2004 des Stadtrates.

#### **4.6 Jugendpräventionskonzept und Jugendarbeit**

Das Präventionskonzept KAPA (Kontakt, Aufklärung, Präsenz, Anzeigen) der Stadtpolizei wurde im Rahmen der Beantwortung des Postulats „Gewaltprävention – Jugendliche als interkulturelle Brückenbauer“ dargestellt. Es hat im Wesentlichen zum Inhalt, zwischen Jugendlichen und Stadtpolizei eine konstruktive Kommunikation herzustellen sowie gemeinsam Massnahmen zu realisieren. Die Stadtpolizei leistet dabei laufend Aufklärungsarbeit. Durch diese Präventionselemente sollen Jugendliche vom Delinquieren abgehalten werden. Das Konzept ist eingebettet in der intensiven Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft,



dem Schulamt, dem Jugendsekretariat, der Suchtfachstelle sowie der Gassenarbeit. Als eine Massnahme zur Förderung der Integration ausländischer Jugendlicher hat das Jugendsekretariat Jugendarbeiter ausländischer Herkunft angestellt. Im Weiteren soll die aufsuchende Jugendarbeit im Stadtzentrum ausgebaut werden. Bei der Beantwortung des hängigen Postulates „Jugendarbeit im Zentrum“ wird ein Konzept zur Verbesserung der Jugendarbeit in der Innenstadt präsentiert.

## **5 Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum**

Verschiedene Befragungen, beispielsweise die Umfrage im Frauenpavillon betreffend Sicherheit (1997), die Untersuchung der Pro Stadt zum Thema Sauberkeit (1998) sowie die Befragung von 400 in der Stadt wohnhaften Personen durch das Link-Institut im Auftrag des Entsorgungsamtes (2002), zeigen im Bereich Sauberkeit und Sicherheit in unterschiedlichem Masse Handlungsbedarf auf. Es wird negativ empfunden, dass bei einzelnen Strassen, Plätzen und Anlagen durch Vandalismus, Sprayereien, Drogenhandel, Belästigungen, Verschmutzung, Littering und Lärm eine zunehmende Verrohung und Verslumung festzustellen ist. Die Innenstadt ist in den letzten Jahren unsauberer und unsicherer geworden.

Die Bedeutung der Sauberkeit im öffentlichen Raum und die angestrebte Verbesserung der Standortqualität der Stadt St.Gallen wird zusätzlich dadurch akzentuiert, dass die im öffentlichen Raum vorgefundene Ordnung und Sauberkeit bewusst oder unbewusst das individuelle Sicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität vieler Menschen beeinflusst. In der Forschung wie in der Praxis hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass allgemeine Anzeichen von Verwahrlosung und Zerfall ein wichtiger Auslöser dafür sein können, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Wohnumgebung verunsichert fühlen. Zudem zeigt sich, dass Kriminalität und andere städtische Zerfallerscheinungen wie z.B. Drogenprobleme, Vandalismus oder Müll und Dreck auf den Strassen, häufig Hand in Hand gehen und sich gegenseitig verstärken.

### **5.1 Koordination innerhalb der Verwaltung**

Angesichts der geschilderten Ausgangslage gilt es aufzuzeigen, wie die unerwünschten Zustände im öffentlichen Raum nachhaltig verbessert werden können. Zu diesem Zweck soll den Zusammenhängen zwischen Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit grössere Beachtung geschenkt werden. Eine erhöhte Sorgfalt im Umgang mit dem öffentlichen Raum soll letztlich auch mithelfen zu verhindern, dass sich dort Vandalismus und Kriminalität einschleicht, wo „niemand sich darum kümmert“.





Mit der Gewährleistung von Sauberkeit und Sicherheit sind eine Vielzahl von Verwaltungsstellen befasst. Es sind dies nicht nur die unmittelbar betroffenen Dienststellen Tiefbauamt, Entsorgungsamt, Gartenbauamt, Stadtpolizei und Verkehrsbetriebe, sondern auch die Stadtplanung, die Schulen, das Sportamt, das Jugendsekretariat, die Wirtschaftsförderung, die Umweltfachstelle, die Integrationsstelle sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Innerhalb der Stadtverwaltung gibt es mehrere Dienststellen, Projekt- und Arbeitsgruppen, die sich mit den verschiedenen Teilaspekten dieser Problematik befassen. Was bislang fehlte, ist ein übergreifendes, alle involvierten Verwaltungsstellen sowie bestehende Arbeits- und Projektgruppen umfassendes Konzept, welches geeignet ist, die Aktivitäten im Interesse der übergeordneten Zielsetzung Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum zu koordinieren.

## **5.2 Trägerprojekt im Rahmen der Lokalen Agenda 21**

Eine Lokale Agenda 21 (LA 21) ist ein Aktionsprogramm mit konkreten Massnahmen zur Förderung von Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene. Der Grosse Gemeinderat hat den Bericht des Stadtrates „Umsetzung Lokale Agenda 21“ zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat legt in diesem Bericht dar, was er unter nachhaltiger Stadtentwicklung versteht, und definiert Grundsätze für ein nachhaltiges Verwaltungshandeln. Diese Grundsätze sollen vorerst in sieben sogenannten Trägerprojekten angewendet werden und zu einer Wegleitung für weitere Projekte führen. Unter dem Titel „Zielfeld Wohlbefinden und Sicherheit“ beschreibt der Stadtrat die Absicht, den Lebensraum Stadt so zu gestalten, dass er die Bedürfnisse der Menschen nach Geborgenheit, Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten heute und künftig erfüllen kann. Da zwischen Sauberkeit und Ordnung einerseits und dem subjektivem Sicherheitsgefühl andererseits ein Zusammenhang besteht, befasst sich eines der Trägerprojekte schwerpunktmässig mit der Thematik Sicherheit und Sauberkeit.

Die Verantwortung für dieses Trägerprojekt liegt beim Sekretariat der Polizeiverwaltung. Projektbeteiligte sind Entsorgungsamt, Tiefbauamt, Hochbauamt, Gartenbauamt, die Stadtplanung (Fachstelle Sicherheit im Stadtraum), die Stadtpolizei sowie die Sekretariate der Verwaltung der Technischen Betriebe, der Verwaltung der Sozialen Dienste und der Schulverwaltung. Das Trägerprojekt Sauberkeit und Sicherheit wurde vorläufig auf drei Jahre befristet und soll sich schwerpunktmässig auf die neuralgischen Bereiche Bahnhofplatz, Bohl und Stadtpark konzentrieren. Wichtige Aspekte des Trägerprojektes Sauberkeit und Sicherheit sind die Formulierung von Sauberkeitsstandards sowie das Setzen von Prioritäten. Zentrale Punkte sind die Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit sowie die Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern. Anzustreben sind daneben auch ein Ausbau der Infrastruktur (Toiletten, Abfallbehälter etc.) sowie eine verbesserte Durchmischung des öffentlichen Raums.



## **6 Weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit**

Neben dem im vorangehenden Kapitel dargestellten Trägerprojekt wurden in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Massnahmen eingeleitet, die der Verbesserung der Sicherheit in der Stadt St.Gallen dienen sollen. Im Folgenden wird ein Auszug der eingeleiteten Massnahmen dargestellt.

### **6.1 Totalrevision Polizeireglement**

Im Rahmen der hängigen Totalrevision des Polizeireglements wird einerseits die Schaffung eines modernen, praktikablen kommunalen Übertretungsstrafrechts und andererseits die Regelung von zeitgemässen polizeilichen Befugnissen angestrebt. Dem Grossen Gemeinderat liegt die entsprechende Vorlage zur Motion aus dem Jahr 2000 vor.

### **6.2 Organisatorische Änderungen der Stadtpolizei**

Einhergehend mit der bürgerorientierten, primär auf Leistung von Präventionsarbeit ausgerichteten Organisation der Stadtpolizei wurde in den letzten Jahren der administrative Bereich kontinuierlich optimiert, um möglichst wenig Personalressourcen im rückwärtigen Bereich zu binden.

Der Dienstbetrieb wird laufend der jeweiligen Situation angepasst. Durch moderne betriebswirtschaftliche Instrumente, wie etwa Balanced Score Card (BSC), soll die Leistungsfähigkeit der Organisation weiter gesteigert werden. In einem Top-Down-Ansatz werden Ziele und Massnahmen erarbeitet, kommuniziert und evaluiert. Durch BSC sollen die Ressourcen noch effektiver und effizienter genutzt werden.

### **6.3 Videoüberwachung in Unterführungen**

In der Interpellationsantwort vom 22. Juni 1999 an den Grossen Gemeinderat hat der Stadtrat auf den zweckmässigen Einsatz einer Videoüberwachung mit Alarmierungsmöglichkeit hingewiesen. Die rechtlichen Voraussetzungen zur örtlich begrenzten Überwachung mit Videokameras, die eine Personenidentifikation zulässt, wurden durch die Teilrevision des Polizeireglements am 23. Mai 2000 geschaffen. In einzelnen Bereichen des öffentlichen Grundes, vor allem in Unterführungen sowie an anderen neuralgischen „Unorten“, können da-



durch Überwachungsmaßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eingesetzt werden. Schon im Jahre 1997 wurde im Rahmen einer Einfachen Anfrage „Sicherheit in Parkhäusern“ die Videoüberwachung als mögliches Mittel zur Verbesserung der Sicherheit in öffentlichen Parkieranlagen angeregt. Das Postulat „Trügerische Sicherheit durch Unterführungen“ aus dem gleichen Jahr thematisierte die Unsicherheitsgefühle, die insbesondere bei Frauen und älteren Menschen bei der Benützung von Unterführungen vorhanden sind. Im Bericht „Sicherheit in Personenunterführungen“ erklärte sich der Stadtrat bereit, Massnahmen in die Wege zu leiten, damit „Unorte“ videoüberwacht und mit Alarmeinrichtungen versehen werden können.

#### **6.4 Integration von Asyl Suchenden**

Vor allem im Asylbereich sollen Betreuungsstrukturen gefördert und Beschäftigungsprogramme eingeführt werden. Gemäss Schlussbericht einer im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren eingesetzten „Arbeitsgruppe Ausländerkriminalität“ sind diese Massnahmen geeignet zu verhindern, dass diesbezüglich am meisten gefährdete junge, alleinstehende, männliche Asyl Suchende straffällig werden. Ferner soll in Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialbehörden in den Kollektivunterkünften rund um die Uhr eine angemessene Zutrittskontrolle sichergestellt werden, um zu verhindern, dass diese Unterkünfte für kriminelle Aktivitäten missbraucht werden. Um das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu erhöhen, sind auch weiterhin gezielte präventive und repressive polizeiliche Kontrollen im öffentlichen Raum erforderlich.

Für Asylsuchende, die längere Zeit in unserem Land bleiben, insbesondere für die vorläufig Aufgenommenen, sind präventive Massnahmen zur besseren Integration notwendig, um eine soziale Randständigkeit zu verhindern, die zu Delikten führen kann. Die generell im Interesse der Integration als gesellschaftspolitischer Daueraufgabe vorgesehenen Massnahmen und Projekte sind im Integrationskonzept der Stadt St.Gallen beschrieben.

#### **6.5 Anpassung Drogenkonzept**

Gemäss Angaben der Stiftung Suchthilfe nehmen zur Zeit rund 50 Prozent der auf Stadtgebiet wohnhaften Drogenabhängigen die von der Stadt angebotenen Dienste in Anspruch. Die andere Hälfte kann aus verschiedenen Gründen nicht für die angebotenen Programme motiviert werden. Zur Zeit werden Möglichkeiten geprüft, langjährige Drogenabhängige, welche im Bereich der Beschaffungskriminalität auffällig sind und durch die angebotenen Programme nur noch sporadisch erreicht werden können, besser zu betreuen.



## **6.6 Planerische und bauliche Massnahmen zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens**

Die gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität lassen sich zwar durch Architektur und Stadtplanung nicht beheben. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes ist aber dennoch von Bedeutung für das subjektive Sicherheitsgefühl und die Wohnqualität in der Stadt. Deshalb wird beim Planen, Projektieren und Bauen auf die Sicherheitsbedürfnisse der Stadtbewohnerinnen und -bewohner Rücksicht genommen. Die Fachstelle „Sicherheit im öffentlichen Raum“ sowie eine interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppe „Steuerungsausschuss öffentlicher Raum“ nehmen sich dieser Aufgabe systematisch an. In diesem Zusammenhang wird die Situation an sog. Problemorten, die subjektiv als unsicher wahrgenommen werden, durch geeignete Massnahmen (z.B. hinsichtlich Beleuchtung oder Einsehbarkeit) verbessert.

## **6.7 Monitoring/Controlling**

Bislang bestanden sowohl für die präventiven als auch repressiven Massnahmen keine erhärteten, aussagekräftigen Statistiken bezüglich deren Wirksamkeit. Durch die Schaffung eines umfassenden Sicherheits-Controllings soll es inskünftig möglich sein, Handlungsbedarf früh erkennen zu können, Massnahmen effektiv einzuleiten und laufend zu evaluieren. Ein Sicherheits-Controlling kann sich aber nicht auf das Zusammenführen verschiedener Statistiken beschränken. Ebenso müssen die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung wiederkehrend und systematisch durch Befragungen erhoben werden.

## **7 Personalsituation Polizei**

Im vorliegenden Postulatsbericht wurde bereits mehrfach aufgezeigt, dass der Personalbestand dem veränderten Aufgabenvolumen der Stadtpolizei angepasst werden muss, um sicherheitsrelevante Defizite in der Polizeiarbeit zu beheben.

Die Stadtpolizei St.Gallen ist einerseits für die Erfüllung der gemeindepolizeilichen Aufgaben zuständig: Die Ausübung der Sicherheitspolizei, die Überwachung des ruhenden Verkehrs, polizeiliche Ermittlungen im Strafverfahren bei Übertretungen, die mit Bussenerhebung auf der Stelle geahndet werden, sowie die Ausführung von Aufträgen für die Verwaltungsorgane der Stadt. Durch Vereinbarung zwischen Kanton und Stadt wurden die Aufgaben der Stadtpolizei wesentlich erweitert. Namentlich wurden der Stadt die polizeiliche Überwachung des rollenden Verkehrs sowie weitere verkehrspolizeiliche Zuständigkeiten übertragen. Das Arbeitsvolumen dieser Aufgaben hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen: Während



der vergangenen fünf Jahre ist zum Beispiel die Anzahl der Journaleinträge von ca. 15'000 auf 25'000 pro Jahr angestiegen. Die Zahl der Veranstaltungen auf öffentlichem Grund wächst seit Jahren kontinuierlich. Zugenommen haben auch die durchgeführten Verkehrskontrollen. So müssen immer mehr Tempo-30-Zonen kontrolliert werden. Neu als Aufgabe der Stadtpolizei hinzu gekommen sind beispielsweise der Vollzug der gesetzlichen Regelung im Bereich der häuslichen Gewalt sowie die verstärkte präventive Arbeit im Zusammenhang mit Jugendlichen.

Diese Entwicklung entspricht jener in anderen Städten der Schweiz. Bestätigt wird dieser Umstand auch durch den Bericht USIS (Überprüfung des Systems der Inneren Sicherheit der Schweiz): Danach besteht derzeit in der Schweiz ein Unterbestand von 1'600 Polizeibeamtinnen und -beamten. Der Kanton St.Gallen weist insgesamt eine unterdurchschnittliche Polizeidichte auf. Während in der Schweiz durchschnittlich ein Polizist bzw. eine Polizistin auf 513 Einwohner und Einwohnerinnen kommt, liegt dieser Wert in unserem Kanton bei 680. Der Kantonsrat hat kürzlich, gestützt auf den Bericht über die Innere Sicherheit, eine Personalaufstockung um 47 Personaleinheiten bewilligt.

Der Vergleich der Polizeidichte verschiedener Städte mit eigenen Polizeikräften ist schwierig, weil die Aufgaben der einzelnen Korps unterschiedlich sind. Dennoch lässt die nachstehende Tabelle den Schluss zu, dass die Polizeidichte in der Stadt St.Gallen im Vergleich zu anderen Stadtpolizeikorps eher tief ist:

<b>Stadt</b>	<b>Bevölkerung</b>	<b>Korpsbestand (Vereidigte Beamte)</b>	<b>Polizeidichte (Einwohner je Beamte)</b>
St.Gallen	70'000	152	461
Luzern	60'000	162	370
Winterthur	94'000	165	570
Bern	130'000	428	304
Zürich	365'000	1'173	311

## 7.1 Stadtorganisation der Kantonspolizei

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Kantonspolizei ist in den letzten Jahren laufend optimiert und den Gegebenheiten angepasst worden. Es darf denn auch festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit, orientiert an den rechtlichen Vorgaben, gut abgestimmt ist.

Heute binden die Erscheinungen der dargestellten Problemfelder auch die Kräfte der Kantonspolizei auf Stadtgebiet in präventiver wie repressiver Hinsicht in ausserordentlicher Weise. Selbst bei einfachen Delikten erfordern die zunehmenden Anforderungen an die Beweisführung, das Verhalten und die Kooperationsbereitschaft der Täterschaft, aber auch neue



Vorgaben durch die Einführung eines Haftrichters deutlich mehr Aufwand als noch vor Jahren. Dieser Entwicklung muss die Stadtorganisation der Kantonspolizei mit im Wesentlichen gleich bleibenden Personalbeständen begegnen, was zunehmend schwieriger wird. Auch der kürzlich vom Kantonsrat verabschiedete Bericht „Innere Sicherheit im Kanton St.Gallen“ bringt trotz Erhöhung um 47 Personalstellen kurz- wie mittelfristig keine Entlastung in der Stadt, da das Schwergewicht von Regierung und Kantonsrat auf die Erhöhung der Nachtpatrouillen im Kanton gelegt wurde.

## **7.2      Stadtpolizei**

In den vergangenen Jahren ist der Aufgabenkatalog der Stadtpolizei bei unverändertem Personalbestand stetig angewachsen. Neu hinzugekommene Aufgaben sind zum Beispiel die Umsetzung der seit Anfang 2003 geltenden neuen gesetzlichen Regelung im Rahmen der häuslichen Gewalt oder die zunehmende Anzahl interkantonalen Einsätze (z.B. WEF in Davos, Expo 02, Skiweltmeisterschaften in St. Moritz 02, G8-Gipfel in Evian, Föderalismuskonferenz 02, UNO-Weltgipfel 03 in Genf usw.). Die Anforderungen an die Dokumentation von Übertretungen haben zugenommen: Heute werden viel öfter und schon bei kleineren Tatbeständen Rechtsmittel ergriffen. Dies führt dazu, dass eine viel umfassendere Rapportierung je Tatbestand erforderlich ist, damit die Gerichte die entsprechenden Rapporte in Gerichtsverfahren auch verwerten können. Die administrative Fallbearbeitung bindet die Polizeikräfte weit stärker als noch vor wenigen Jahren. Dies hat zur Folge, dass in erster Linie Mitarbeitende des Kommissariats „Sicherheits- und Verkehrspolizei“ für die Aufgabenerfüllung, vor allem auch für präventive Massnahmen, immer weniger im Aussendienst eingesetzt werden können. Eine vermehrte präventive Polizeipräsenz ist zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum und zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der städtischen Bevölkerung dringend notwendig.

Im Jahr 1998 konnten die Stadtpolizei und ein Teil der Stadtorganisation der Kantonspolizei das Polizeigebäude an der Vadianstrasse 57 beziehen. Durch die Verbesserung der räumlichen Situation und dank der zeitgemässen Hilfsmittel konnten die innerbetrieblichen Arbeitsabläufe wesentlich optimiert und die Effizienz deutlich gesteigert werden.

Im Rahmen einer Postulatsbeantwortung betreffend Aufgabenerfüllung Stadtpolizei wurde bereits im Jahre 1996 auf der Grundlage einer eingehenden Betriebsuntersuchung gegenüber dem Grossen Gemeinderat festgehalten, dass der Sollbestand des Kommissariates „Sicherheits- und Verkehrspolizei“ per sofort um acht Personaleinheiten zu erhöhen sei und bis zum Jahr 2000 eine weitere personelle Verstärkung um zusätzliche acht Personaleinheiten erfolgen soll, sofern es die finanziellen Verhältnisse erlauben. Eingang fand diese Absicht



auch in die Legislaturziele des Stadtrates 2001 - 2004, wonach die personelle Verstärkung der Sicherheits- und Verkehrspolizei von 102 auf 110 Personaleinheiten zu realisieren ist, soweit die vorgesehene Aufstockung nicht durch Personaleinsparungen bei anderen Kommissariaten kompensiert werden kann.

Im Sommer 2003 erfolgte zu diesem Thema eine Betriebsuntersuchung der Stadtpolizei durch eine externe Beratungsfirma. Die Untersuchung zeigt, dass es nicht möglich ist, einen Teil der notwendigen Bestandeserhöhung der Sicherheits- und Verkehrspolizei durch eine interne Aufgabenverschiebung zu Lasten des Innendienstes oder durch Einsparungen bei anderen Kommissariaten zu kompensieren. Die kontinuierliche Mehrbelastung der Kommissariate Sicherheits- und Verkehrspolizei hat sich nicht nur im Überzeitsaldo niedergeschlagen, sie wirkt sich zudem negativ auf die Präventionsarbeit aus. Der zusätzliche Ressourcenbedarf infolge des gewachsenen Aufgabenkatalogs hat zur Folge, dass auf eine Doppelpatrouille verzichtet werden muss. Um aber eine Doppelpatrouille 24 Stunden während des ganzen Jahres besetzen zu können, benötigt man bei einem Fünfschichtenmodell zehn Polizistinnen bzw. Polizisten. Als minimal erforderliche personelle Massnahme soll die bereits im Rahmen der Postulatsbeantwortung „Aufgabenerfüllung Stadtpolizei“ von 1996 ausgewiesene, bis anhin noch nicht umgesetzte Aufstockung um acht Personaleinheiten verwirklicht werden. In Übereinstimmung mit dem Bericht Innere Sicherheit im Kanton St.Gallen ist je Personaleinheit inklusive Arbeitsplatz mit rund CHF 130'000 zu rechnen.

## **8        Anträge**

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat „Mehr Sicherheit in unserer Stadt!“ wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilagen:  
Anhang 1 Kriminalstatistik des Kantons St.Gallen  
Anhang 2 Kriminalstatistik der Stadt St.Gallen

